



Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

Wahlprüfsteine

Wahl des Europäischen Parlaments 2019



Wahlprüfsteine **der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen** **für die Wahlen zum Europäischen Parlament (26. Mai 2019)**

Die **Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen** (SRzG), kurz: Stiftung Generationengerechtigkeit, ist eine Denkfabrik, die von einer überparteilichen Allianz fünf junger Menschen im Alter von 18 bis 27 Jahren ins Leben gerufen wurde. Die Stiftung wird von einem der jüngsten Stiftungsvorstände Deutschlands geleitet. Wir setzen uns für eine Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ein, die die Rechte zukünftiger Generationen berücksichtigt, die planetarischen Grenzen einhält, Kosten nicht ohne den Nutzen in die Zukunft verlagert, Zukunftsinvestitionen tätigt, langfristige Probleme kraftvoll anpackt und die Demokratie nachhaltig stärkt.

Inhalt

1.	Generationengerechte Gesetzgebung ^[1]	2
2.	Klimapolitik – Intakte Umwelt für nachfolgende Generationen	8
3.	Bildungspolitik – Investieren in die Zukunft ^[2]	17
4.	Agrarpolitik – Nachhaltige Landwirtschaft.....	26
5.	Wohnungsmarkt – sich eine Wohnung oder ein Haus leisten können	32
6.	Arbeitsmarkt – Strukturelle Diskriminierung junger Menschen ^[3]	37
7.	Digitalisierung	48
8.	Partizipation – Jungen Menschen mehr Stimme(n) geben ^[4]	55
	Über die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG)	67

Hinweis:

Zur Europa-Wahl treten in Deutschland 41 Parteien und politische Vereinigungen an. Die SRzG hat 9 von ihnen um die Beantwortung der Wahlprüfsteine gebeten. Die AfD hat ebenfalls die Wahlprüfsteine der SRzG bekommen, jedoch nicht beantwortet.

Anregungen für die Themenkomplexe bieten die Positionspapiere der SRzG unter generationengerechtigkeit.info, in der Rubrik >Publikationen > Positionspapiere

¹ Sieben Bausteine für eine zukunftsgerechte Demokratie

² Generationengerechte Bildungspolitik

³ Die Lage der jungen Generation auf dem Arbeitsmarkt

⁴ Wahlrecht für ältere Kinder und Jugendliche, Die generationengerechte Partei – Ein Elf-Punkte Plan, Nachwuchsquoten in Parteien und Parlamenten



1. Generationengerechte Gesetzgebung ^[1]

Die heutige Demokratie ist gegenwartsfixiert. Zu häufig verliert die Politik – sei es auf europäischer oder nationaler Ebene – die Interessen der jungen und zukünftiger Generationen aus den Augen.

Frage 1:

Was wollen Sie konkret ändern, um dafür zu sorgen, dass die Politik in der Europäischen Union auch an übermorgen denkt und zukunftsorientiert ist?

Antworten:

CDU/CSU: Um Europa noch zukunftsorientierter zu machen, wollen wir mehr Demokratie in Europa durchsetzen. Dafür wollen wir dem Europäischen Parlament das Initiativrecht verleihen, sodass es eigene Gesetzesvorschläge einbringen kann. Zusätzlich wollen wir den EU-Jugenddialog weiter fördern. Mit dieser Strategie wird sichergestellt, dass Politik auch jugendgerecht und zukunftsorientiert ist. Jugendliche sollen dabei unterstützt werden, ihre zukünftige Lebenswelt als aktive und solidarische Bürger zu gestalten.

FDP: Wir Freie Demokraten sind der Überzeugung: Die EU muss sich grundlegend reformieren, um handlungs- und zukunftsfähig zu bleiben. Wir fordern insbesondere ein volles Initiativrecht für das Europäische Parlament, mehr Mehrheitsentscheidungen im Rat und eine Verkleinerung der EU-Kommission und mehr Formen der Bürgerbeteiligung. Zentral ist für uns, dass die EU sich wieder auf Aufgaben mit europäischer Mehrwert konzentriert anstatt sich im Klein-Klein zu verzetteln. Insbesondere in den Bereichen Handel, Binnenmarkt, grenzüberschreitende Infrastruktur, Digitalisierung, Außenpolitik und Verteidigung, Sicherheit, Energie und Klima, Schutz der Außengrenzen, Einwanderung und Asyl muss Europa gemeinsame Regeln schaffen und mit einer Stimme sprechen. Europa muss sich aber auch einer Aufgabenkritik stellen. Aufgabenbereiche ohne europäischen Mehrwert sollen von den Mitgliedstaaten und ihren Regionen wahrgenommen werden. Mit Blick auf unsere Wettbewerbsfähigkeit sowie Chancen und Wohlstand für zukünftige Generationen gilt es, die Rahmenbedingungen für innovative Technologien und Start-ups in Europa zu verbessern und im EU-Haushalt zukunftsweisende Schwerpunkte bei Bildung, Forschung und Innovationen zu setzen.



- FREIE WÄHLER:** Wir FREIE WÄHLER wollen die einzige direkt gewählte Institution weiter stärken. Hierfür streben wir eine Ausdehnung der Zuständigkeit des Europaparlaments auf alle politischen Schlüsselbereiche wie Fragen des Euratom-Vertrags an. Außerdem wollen wir ein echtes Initiativrecht für das Europaparlament, um die Interessen der Bürgerinnen und Bürger direkt in den europäischen Gesetzgebungsprozess einbringen zu können. Wir FREIE WÄHLER wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger ergebnisoffen über die Zukunft der EU debattieren können. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass europaweit Bürgerdialoge mit repräsentativen Querschnitten der Gesellschaft ohne Vorwegnahme der Ergebnisse durchgeführt werden.
- Bgo/Grüne:** Antwort auf Fragen 1 und 2 zusammen, siehe unten.
- LINKE:** Die EU ist nicht so gerecht und zukunftsorientiert, wie wir sie wollen. Neoliberalismus und Profitstreben sind in die EU-Verträge eingeschrieben. Zu oft steht Wettbewerb über dem Bedarf der Bevölkerung, die Freiheit der Unternehmen über der Freiheit der Menschen von Armut und Unsicherheit. Die EU hat seit der Wirtschaftskrise vor zehn Jahren nicht dazugelernt. Statt solidarisch die Krise zu bekämpfen, wurden in den südeuropäischen Ländern Löhne gedrückt, Sozialleistungen gestrichen, öffentliche Einrichtungen und Leistungen den Konzernen zum Fraß vorgeworfen. Banken und Konzerne sind immer noch unzureichend reguliert. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Süd- und Osteuropa und befristete Jobs auch hierzulande verhindern, dass sich junge Menschen eine Zukunft aufbauen können. Damit ist ein Teil der Probleme benannt – und manche sind resigniert und engagieren sich darum nicht. Wir wollen dagegen eine Offensive zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa.
- Piratenpartei:** Unter anderem möchten wir die Teilnahme an Wahlen auch für jüngere Menschen (zunächst ab dem 14. Lebensjahr) ermöglichen. Junge Menschen müssen im Zweifel noch Jahrzehnte mit den Folgen der Politik leben. Daher finden wir es nur angebracht, dass sie auch selbst über die Richtung mitentscheiden. Außerdem versuchen wir, politische Prozesse des europäischen Parlaments auch an junge Menschen zu vermitteln. Wenn viele wissen, dass gerade zum Beispiel über die Zukunft des Internets abgestimmt wird, dann mobilisiert das eher, als die Abstimmung über Artikel 17 des European digital single markets. Als politische Partei sehen wir auch darin unsere Aufgabe, an der Meinungsbildung in der Bevölkerung mitzuwirken.



Stiftung für die Rechte
zukünftiger Generationen

- ÖDP:** Die Menschen in Europa wollen mitbestimmen. Sie sind mit den bisherigen Entscheidungen der EU, insbesondere in den Bereichen Leben und Natur, vielfach nicht zufrieden. Die ÖDP fordert daher die Stärkung und den Ausbau der Europäischen Bürgerinitiativen, die Einführung von EU-weiten Volksabstimmungen, ein Initiativrecht für das EU-Parlament und die erweiterte Kontrolle der EU-Kommission durch das Europäische Parlament, z.B. durch ein Veto-Recht für Gesetzesinitiativen. Der europäische Geist und eine nachhaltige Politik müssen durch mehr Bürgerbeteiligung gestärkt werden.
- SPD:** Unser Maßstab für Politik auf europäischer Ebene sind die Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen. In diesen Zielen haben sich auch alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union selbst verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, die zu einer nachhaltigen Entwicklung menschlicher Gesellschaften führen. Für uns ist diese Erklärung ein Meilenstein gewesen. Denn Nachhaltigkeit bedeutet für uns, bei den Entscheidungen von heute schon an die Generation von morgen zu denken. Denn nur, wenn wir die Nachhaltigkeitsziele auch wirklich ernst nehmen und in den Mittelpunkt unserer politischen Entscheidungen stellen, können wir auch zukünftigen Generationen ein lebenswertes Europa hinterlassen.
- Wir halten das für möglich und notwendig, weil viele der in den Nachhaltigkeitszielen festgelegten Aufgaben zu unseren sozialdemokratischen Grundüberzeugungen gehören. Die SPD setzt sich seit jeher für diese Ziele ein, etwa für angemessene Arbeit, inklusive Gesellschaften, die Gleichstellung der Gesellschaft, erschwingliche und saubere Energie, Frieden und Gerechtigkeit. Wir treten dafür ein, dass diese Ziele auch die Ziele der Europäischen Union sind.



Frage 2:

Wie wollen Sie sicherstellen, dass europäische Richtlinien und Verordnungen hinsichtlich Kosten und Nutzen auch für kommende Generationen geprüft werden?

Antworten:

CDU/CSU: Unser Europa führt schon jetzt Folgenabschätzungen zu wirtschaftlichen, sozialen oder ökologischen Auswirkungen von Richtlinien und Verordnungen durch. Zusätzlich wollen wir einen unabhängigen Europäischen Normenkontrollrat einsetzen: Er hat die Aufgabe, die Kosten der Bürokratie und die Wahrung des Subsidiaritätsprinzips im Vorfeld von neuen Regelungen auf allen Ebenen abzuschätzen und effektiv Kosten zu begrenzen. Er berät die Institutionen der EU für eine bessere Rechtsetzung – mit weniger Bürokratie. Damit gewährleisten wir ein effektiv funktionierendes Europa auch für zukünftige Generationen.

FDP: Wir Freie Demokraten halten es für wichtig, bestehende europäische Gesetze und Regelungen regelmäßig zu überprüfen. Ein unkompliziertes Europa sollte überkommene Vorschriften und damit verbundene Bürokratie abschaffen. Das vermeidet unnötigen Aufwand für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen. Deshalb setzen wir uns auf europäischer Ebene für die Einführung einer „One in, two out“-Regelung mit Blick auf die daraus entstehende Belastung ein, um die immer zahlreicher werdende EU-Gesetzgebung bürokratieärmer zu gestalten. Gesetze und Verordnungen sollen nach Möglichkeit durch eine Auslaufklausel mit einem Ablaufdatum beschlossen werden.

Wir haben uns zudem auf nationaler Ebene für eine Generationenbilanzierung von Gesetzen ausgesprochen. Dabei werden Leistungen der Gesellschaft für nachfolgende Generationen den Lasten gegenübergestellt: etwa Ausgaben für Bildung, Infrastruktur und soziale Sicherheit auf der Haben-Seite und Belastungen durch Staatsverschuldung, Pensionslasten und Verpflichtungen aus Generationenverträgen auf der Soll-Seite.

FREIE WÄHLER: Wir FREIE WÄHLER wollen die EU-Kommission drastisch verkleinern. Wir sind der Auffassung, dass maximal zehn Ressorts ausreichend sind, um Europa effektiv gestalten zu können. Die gegenwärtige zwanghafte Aufteilung der europäischen Regelungsbereiche auf die 27 verbleibenden Kommissare ist höchst ineffizient und bläht den bürokratischen Apparat unnötig auf. Wir wollen, dass die europäischen Kommunen



einen zentralen Ansprechpartner bei der EU-Kommission haben. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass die EU-Kommission von unnötigen oder überholten EU-Gesetzen Abstand nimmt. Die Entbürokratisierung der EU wollen wir auch in Zukunft auf diese Weise fortsetzen.

Bgo/Grüne:

Antwort auf Fragen 1 und 2 zusammen.

Um die Orientierung an der Zukunft zu stärken, wollen wir vor allem den davon betroffenen Jugendlichen eine stärkere Stimme geben. Wir setzen uns für das einheitliche Recht ein, ab spätestens 16 Jahren bei Europäischen Bürgerinitiativen und Wahlen zum EP mitzustimmen. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind derzeit im politischen Geschehen massiv unterrepräsentiert. Dabei haben politische Entscheidungen, die wir heute treffen, für genau sie die größte Auswirkung. Wir denken, dass Kinder und Jugendliche ein Mitspracherecht für das Europa und die Welt, in der sie leben möchten, haben sollen. Daher erschaffen wir ein Europäisches Jugendparlament, dessen Mitglieder durch ein Losverfahren bestimmt werden und in dem selbst Jugendliche sitzen, debattieren und abstimmen. Das Europäische Jugendparlament berät das Europäische Parlament und wird strukturell garantieren, dass die Stimme der jeweils nächsten Generation gehört wird.

Jugendverbände und Jugendgruppen sind Grundlage für die Gestaltung von Freizeit und Bildung von Millionen Jugendlichen in Europa. In unserer Zivilgesellschaft muss sichergestellt werden, dass ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen wertgeschätzt wird und Jugendarbeit nicht an bürokratischen Hürden scheitert. Wir sprechen uns daher für eine Stärkung und Vereinfachung der Projektförderung über Erasmus+ aus. Der grüne Leitgedanke, dass wir die Erde von unseren Kindern nur geborgt haben, spiegelt sich auch in den Strukturen unserer Partei wieder. So ist es bei uns Grünen bereits lange Tradition, dass auch Vertreter*innen der Grünen Jugend ermuntert werden, sich als Listenkandidat*innen aufstellen zu lassen. Sechs unserer Top Ten-Kandidat*innen sind jünger als 40, und sechs aus der Liste haben noch nicht die 30 erreicht.

LINKE:

DIE LINKE schlägt ein Gesamtkonzept für eine demokratisch kontrollierte, ökologische und sozial gerechte Zukunftswirtschaft vor. Unser Investitions- und Zukunftsprogramm für die EU umfasst Mittel für den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge, Klima und Umweltschutz und für den zivilen Umbau der Rüstungsindustrie. Statt dass kurzfristige Finanzspekulationen die Wirtschaft treiben, wollen wir regionale, tragfähige, innovative und nachhaltige Strukturen aufbauen. Wir wollen



sowohl die Arbeits- und Sozialverfassungen der Mitgliedstaaten als auch die öffentliche Daseinsvorsorge vor dem Privatisierungsdruck der EU schützen. Es muss per Vertragsänderung ausgeschlossen werden, dass soziale Rechte oder Arbeitnehmerrechte eingeschränkt werden. Die Rechte aus der EU-Grundrechte-Charta müssen grundsätzlich über den Binnenmarkt-Freiheiten stehen.

Piratenpartei:

Wir Piraten stehen für eine langfristig angelegte Politik welche nachhaltig angelegt sein muss. Das zieht sich durch alle Politikbereiche, ob es eine Umweltpolitik ist, welche auf die Erhaltung der Natur angelegt, oder eine Reform der Sozialsysteme, damit sie den demografischen Wandel überstehen. Eine Politik auf Kosten der nächsten Generationen lehnen wir ab. Um sicher zu stellen, dass diese Richtlinien auch im europäischen Parlament zur Anwendung kommen, setzen wir auf Transparenz und Bürgerbeteiligung. Lobbyeinflüsse, die in den letzten Jahren auch in Brüssel immer stärker werden, müssen transparent gemacht werden. Bürgerbeteiligung bei Gesetzesvorhaben ist auch ein wichtiges Mittel um sicherzustellen, dass keine kurzfristig orientierte Politik gemacht wird, da Menschen im Zweifel ein gutes Gespür dafür haben, wann ihnen etwas zu Gute kommt oder wann es nur zugunsten einiger Weniger ist.

ÖDP:

Dazu haben wir bisher noch keine konkreten Forderungen im Programm. Wir können uns aber vorstellen, dass wir auf EU-Ebene eine „Nachhaltigkeits-Kommission“ mit Veto-Recht im Gesetzgebungsprozess einrichten, die sich um eben diese Aufgabe kümmert. Jeder Mitgliedsstaat könnte z.B. einen „Nachhaltigkeits-Botschafter“ in diese Kommission entsenden. Die ÖDP fordert außerdem die Einführung eines „Ökologischen Fußabdruckes“ als Kennzeichnung aller Waren und Leistungen, um die tägliche Klimabelastung durch jeden einzelnen sichtbar zu machen.

SPD:

Für uns bieten die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen die Garantie, dass die Entscheidungen, die wir treffen, Lösungen produzieren, die auch in der mittelfristigen Zukunft noch ihre Richtigkeit haben. Das kann funktionieren, wenn wir die vielfältigen Dimensionen von Nachhaltigkeit immer und überall mitdenken.

Deswegen wollen wir, dass die Europäische Kommission in Zukunft für alle Ausgaben aus dem EU-Haushalt und für jeden europäischen Rechtssetzungsvorschlag darlegt, welche Konsequenzen diese Entscheidungen haben für so unterschiedliche Aufgaben wie etwa eine saubere Umwelt



und Ozeane, die Gleichstellung der Geschlechter, für Gesundheit, für angemessene Arbeit, für erschwingliche und saubere Energie, für inklusive Gesellschaft. Nur mit einer solchen Folgenabschätzung können die Institutionen der Europäischen Union ihre Entscheidungen auf einer fundierten Grundlage treffen, die auch zukünftige Generationen mitdenkt.

2. Klimapolitik – Intakte Umwelt für nachfolgende Generationen

Eine intakte Umwelt stellt die Lebensgrundlage der zukünftigen Generationen dar. Diese Lebensgrundlage wird u.a. durch die Folgen des Klimawandels, Biodiversitätsverlust, übermäßigen Ressourcenabbau und Schadstoffeintrag stark gefährdet. Der letzte IPCC-Report weist darauf hin, dass selbst die aktuellen Klimaziele der EU nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen, wie es das Abkommen von Paris vorsieht.

Frage 1:

Wie wollen Sie sicherstellen, dass die EU sich ambitionierte Klimaziele für 2020, 2030 und 2050 setzt und diese auch erreicht?

Antworten:

CDU/CSU: Europa ist der Antreiber für weltweiten Klimaschutz. Ohne Europa wäre der Klimaschutz und vor allem auch das Pariser Klimaabkommen so nicht auf den Weg gebracht worden. Unser Ziel ist weiterhin, Wirtschaftswachstum und Umweltschutz zu vereinen. Wir konkretisieren die Ergebnisse der UN-Klimakonferenzen von Paris und Kattowitz und setzen sie Schritt für Schritt um. Wir setzen dabei stark auf marktwirtschaftliche Instrumente zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen (THG). Wir fordern die globale Bepreisung der Treibhausgasemissionen und deren rasche Umsetzung, notfalls zunächst auf Ebene der G20-Staaten.

FDP: Der Klimawandel ist eine der größten globalen Herausforderungen unserer Zeit. Eine Herausforderung, der Europa sich stellen muss. Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Nachhaltigkeitsagenda 2030 der Vereinten Nationen und zum Pariser Klimaabkommen. Wir wollen die Klimapolitik dadurch effizienter machen, dass wir die Kräfte und die Kreativität des Marktes und auch laufend neue technische Möglichkeiten wie zum Beispiel die Digitalisierung nutzen. Dazu müssen wir der zu



reduzierenden Größe, der CO₂-Emission, einen fühlbaren Preis geben. Damit würden Investitionen in Vermeidung von CO₂-Emissionen unmittelbare wirtschaftliche Vorteile ergeben, sie würden sich rechnen. Ein solcher Preis für Emissionen müsste alle Sektoren einschließen, das heißt vom Strom über Wärme bis zu Mobilität und Transport. Die Reduzierung von CO₂-Emissionen im Bereich der Industrie muss über CO₂-mindernde Technologie vorangetrieben werden. Der CO₂-Emissionspreis soll sich marktwirtschaftlich durch einen weltweit vereinbarten und stringent angelegten Emissionshandel (ETS) bilden. Die international völkerrechtlich verbindlich (zum Beispiel im Rahmen des Paris-Nachfolgeprozesses) zu vereinbarende und entsprechend der Klimaziele zu reduzierende Menge der Zertifikate ist die Steuergröße. Internationale Sektoren wie Luftverkehr und Schifffahrt sind mit einzuschließen.

FREIE WÄHLER: Wir FREIE WÄHLER wollen die UN-Nachhaltigkeitsziele und das Pariser Klimaschutzabkommen konsequent umsetzen. Wir wollen das Instrument des EU-Emissionshandel weiter stärken und auf dieser Basis das CO₂-Bepreisungssystem global ausrichten. In einem ersten Schritt streben wir eine Übernahme im G20-Rahmen an. Hierfür gilt es, den Emissionshandel durch Ausweitung auf weitere Sektoren zu stärken.

B90/Grüne: Der vergangene Sommer hat auf eindringliche Weise gezeigt, dass die Klimakrise längst auch bei uns in Europa Realität ist. Es ist höchste Zeit, dass die EU ihre Klimapolitik endlich an den Zielen des Pariser Klimaabkommens ausrichtet. Um die Klimakrise einzudämmen und die globale Erhitzung auf deutlich unter 2, möglichst 1,5 Grad zu begrenzen müssen die CO₂-Emissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber 1990 gesenkt werden. Klimaneutralität muss so schnell wie möglich und bis spätestens 2050 angestrebt werden. Die Europäische Union muss zu einer Union des Klimaschutzes werden. Das heißt, dass sie eine andere Energie-, Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik betreiben muss und ökologische Belange auch ins Zentrum von Handels-, Außen- und Sicherheitspolitik stellt.

LINKE: Der Klimawandel vollzieht sich vor unseren Augen. Es ist fünf vor zwölf, wenn nicht gar später. Aber wir können den Klimawandel noch stoppen. Aber mit ihrem bisherigen Klimaziel erfüllt die Europäische Union nicht die Anforderungen, die das Pariser Klimaabkommen vorgibt. Auch das langfristige Ziel der Klimaneutralität bis 2050 ist ohne ehrgeizigere Zwischenschritte nicht zu erreichen. Um die Erderwärmung möglichst auf maximal 1,5 Grad zu begrenzen, braucht es grundlegende Änderungen



Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

in allen Bereichen der Wirtschaft und des Lebens. Das stellte der Weltklimarat im Herbst 2018 fest. Und das ist das Ziel LINKER Klimapolitik. Was steht einem sozial-ökologischen Umbau im Weg? Kurz: Profitinteressen. Wir wollen eine Wirtschaftsweise, die auf erneuerbaren und demokratisch organisierten Energien basiert, nicht auf Kohle und Atom. Und die regionalen Kreisläufe stärken statt einer über Europa und die Welt verstreuten Produktion mit langen Transportwegen. Wir wollen eine effiziente Wirtschaft, um Ressourcen und Atmosphäre zu schonen. Wir streiten für zukunftsfähige Verkehrsmodelle, bei der der Autoverkehr nicht mehr die Städte verstopft und alle bequem dort ankommen, wo sie hinwollen: mehr Mobilität mit weniger Verkehr und mehr Lebensqualität. Wir wollen einen öffentlichen Nahverkehr, der qualitativ besser und ticketlos wird, Städte und Gemeinden, in denen es Spaß macht, Rad zu fahren und zu Fuß zu gehen. Wir wollen Transporte vermindern und möglichst auf die Schiene bringen, um Schwerlastverkehr zu reduzieren. Wir wollen eine ökologische Landwirtschaft und gesunde Lebensmittel, die sich alle leisten können. DIE LINKE strebt eine Gesellschaft an, in der die Erde nicht übermäßig von den Menschen genutzt wird. Die Lebensweise der Menschen muss sich deshalb radikal ändern. Unser Ziel ist, dass im Jahr 2050 der „ökologische Fußabdruck“ aller Menschen und Gesellschaften neutral sein soll. Dafür ist eine sozial-ökologische Wende Voraussetzung, die den CO₂-Verbrauch entsprechend reduziert. Technologisch wäre ein sozialer und ökologischer Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft längst möglich. Auch das Geld für die Investitionen ist da. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass der Wandel nicht an Profit- und Eigentumsinteressen scheitert. Ob wir das schaffen, daran entscheidet sich die Zukunft des Kontinents - und wahrscheinlich auch des Planeten.

Piratenpartei:

Das Setzen von ambitionierten Klimazielen ist die eine Sache, wofür Abgeordnete der PIRATEN selbstverständlich stimmen werden. Das Erreichen dieser Klimaziele ist nur möglich mit einer konsequent zukunftsgerichteten Politik. Zunächst muss die Skepsis genommen werden und die Angst, dass die Klimaziele dem wirtschaftlichen Erfolg entgegenstehen. Infrastruktur und Netzwerke müssen für den flächendeckenden Einsatz von regenerativen Energiequellen modernisiert werden. Die Digitalisierung kann dabei eine große Hilfe sein, wenn verantwortungsvoll mit ihr umgegangen wird. SmartHomes, die zwar das Leben komfortabler machen und durchaus auch energiesparend agieren können, aber auch die Inanspruchnahme der Nutzer aufzeichnen und



damit speichern, wer wann zuhause ist, lehnen wir ab. Dabei ist aber nicht nur die EU gefragt sondern alle Ebenen müssen ihr Handeln darauf ausrichten. Konzepte wie ein fahrscheinfreier Nahverkehr oder der Ausbau von Radwegen kann in Metropolregionen viele Menschen davon überzeugen, das Auto stehen zu lassen und somit Energie einzusparen.

ÖDP:

Eine europäische Energieversorgung zu 100 % aus erneuerbaren Quellen ist möglich und notwendig. Eine umfassende Energiewende hat Strom, Wärme und Verkehr im Blick. Sie setzt nicht allein auf Erzeugung aus erneuerbaren Quellen und auf Speicherung, sondern auch auf effiziente Nutzung und auf Reduzierung von Verbrauch. Die ÖDP möchte, dass der Umbau der Energiesysteme auf dezentrale erneuerbare Energien in Bürgerhand als Beitrag zur CO₂-Reduzierung schnell umgesetzt wird. Das Ende der Förderung fossiler Ressourcen fordern wir generell bis 2035. Darüber hinaus will die ÖDP die Beendigung des Euratom-Vertrages und den unverzüglichen EU-weiten Atomausstieg.

SPD:

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist das Pariser Klimaabkommen ein großer Erfolg. Es ist ein Meilenstein der internationalen Klimapolitik und die realpolitische Umsetzung hat für uns höchste Priorität. Das Pariser Abkommen fordert von allen Vertragsparteien, ihre nationalen Beiträge zu überprüfen und nach oben zu korrigieren. Um die Ziele des Abkommens zu erreichen, unterstützen wir eine Anhebung des europäischen Klimaschutzziels auf mindestens 45 Prozent Treibhausgasminderung bis 2030 (Basisjahr 1990), sowie das langfristige Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2050.

Dabei wollen wir den Wandel hin zu einer klimafreundlichen Politik sozialverträglich gestalten und Umbrüche in besonders betroffenen Regionen und Sektoren begleiten. Außerdem wollen wir die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen und deutschen Industrie wahren, und gezielt klimaschonende Technologien fördern.

Die SPD setzt sich außerdem für eine Weiterentwicklung des europäischen Emissionshandels ein, damit dieser seine Funktion als zentrales Klimaschutzinstrument erfüllen kann. Sollte dies nicht zu den angestrebten Zielen führen, werden wir Verhandlungen für die Vereinbarung von CO₂-Mindestpreisen auf europäischer Ebene aufnehmen.



Frage 2:

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die planetarischen Grenzen wieder einzuhalten, und die Resilienz des Ökosystems angesichts der globalen Umweltveränderungen langfristig zu stärken?

Antworten:

CDU/CSU:

Siehe Antwort auf Frage 3.

FDP:

Um die planetarischen Grenzen nicht weiter zu strapazieren, schlagen wir Freie Demokraten eine Reihe von Maßnahmen vor. Neben der effektiven Bepreisung von CO₂-Emissionen durch einen weltweit vereinbarten und stringent angelegten Emissionshandel können Aufforstung sowie der Schutz bestehender Wälder eine Maßnahme sein, denn Wälder sind das effizienteste und günstigste Mittel, um CO₂ aus der Luft zu binden. Selbstverständlich gibt es aber auch außerhalb der Klimaproblematik Handlungsbedarf. So ist etwa der größte Lebensraum der Erde, nämlich die Meere und Ozeane, akut durch Überfischung, Plastikmüll und Meeresverschmutzung bedroht. Auch hier muss sich Europa für globale Lösungen stark machen.

FREIE WÄHLER:

Wir FREIE WÄHLER kämpfen für den Schutz der Artenvielfalt in Europa. Insbesondere mit Blick auf das Insektensterben setzen wir uns für mehr europäisches Engagement ein. Wir werden uns weiterhin für saubere Luft, den Schutz unserer Gewässer und der Böden einsetzen. Wir wollen unseren Kindern damit eine lebenswerte Welt hinterlassen.

Unsere Wälder spielen eine wichtige Rolle für den Klimaschutz. Sie sind nicht nur gewaltige Kohlenstoffspeicher, sondern ein wichtiger nachwachsender Baustoff und Energieträger. Wir FREIE WÄHLER unterstützen europäische Maßnahmen für das Begründen klimastabiler Wälder und deren nachhaltige Bewirtschaftung.

B90/Grüne:

Europa steht vor der Jahrhundertaufgabe, die Wirtschaft ökologisch und sozial umzugestalten. Unser Ziel ist ein Wirtschafts- und Finanzsystem, das nicht auf Kosten von Mensch und Umwelt geht und sich an den planetaren Grenzen orientiert. Dazu müssen unter anderem die sozialen und ökologischen Kosten unserer Art, zu wirtschaften und zu leben, transparent gemacht und in die Preise integriert werden. Mögliche negative Auswirkungen auf die Verteilungsgerechtigkeit müssen angemessen aufgefangen werden. Die drohende Hitzezeit durch die Klima-



krise können wir nur im globalen Zusammenspiel abwenden, und Europa kann dabei den Unterschied machen. Deswegen muss die EU ihrer Verantwortung gerecht werden und sich endlich Klimaziele setzen, die mit dem Pariser Klimaabkommen vereinbar sind. Wir wollen, dass die EU wieder eine Vorreiterrolle im Klimaschutz übernimmt.

LINKE:

Wir wehren uns gegen eine Politik, die wesentliche Bestandteile unseres Lebens, wie Wasser, Luft, intakte Umweltbedingungen und Gesundheit, den Profitinteressen unterordnet. Europa muss gemeinsam beim Klimaschutz vorangehen. Der Kohleausstieg muss europaweit sofort beginnen und 2030 abgeschlossen sein muss. Erneuerbare Energien müssen ausgebaut werden – bürgernah. Atomkraft und Fracking erteilen wir eine Absage. Die Energiewende muss sozial gerecht gestaltet werden. Die Versorgung mit Strom, Wärme und Wasser darf nicht in der Hand von Konzernen liegen, sondern von Bürger*innen, Kommunen und Genossenschaften. Wir setzen auf nachhaltige Landwirtschaft und regionale Kreisläufe statt langer Transportwege. Wir kämpfen gegen Energiearmut und Energiesperren und dafür, dass alle bezahlbaren Zugang zu Energie und Wasser haben. Die Vormachtstellung von Großkonzernen in der Energieversorgung muss beendet und die Energieversorgung umfassend dezentral und bürgernah organisiert wird: Wir wollen Stadtwerke und Energiegenossenschaften fördern statt Privatisierung und Spekulation. Wir verlagern einen Großteil des Güterverkehrs und inner-europäischen Flugverkehrs auf die Schiene. Wir fördern autofreie Innenstädte und investieren in Bus und Bahn. Im ticketlosen und flächendeckend gut ausgebauten barrierefreien ÖPNV fahren alle mit.

Piratenpartei:

Um unsere Entwicklung in Einklang mit der Natur zu bringen muss einiges passieren. Selbstverständlich gibt es viele Umstellungen und moderne Systeme wie z.B. den Elektroantrieb. Bessere Batterietechnologie oder Umstieg auf Solar- oder Windkraft haben alle eine Rolle zu spielen. Der zentrale Punkt, der aber Auswirkungen auf unser Ökosystem haben wird, ist die Landwirtschaft. Durch den Einsatz von Drohnen und Systemen zur Berechnung des Wassers, welches eine bestimmte Pflanze braucht, kann der Einsatz von Wasser und Düngemitteln erheblich verringert werden. Neue LED Lampen ermöglichen auch den energiesparsamen Anbau in Hallen sogar mehrstöckig. Wir PIRATEN sind davon überzeugt, dass der flächendeckende Einsatz dieser Technologien in der Landwirtschaft dazu führen wird, dass die Auswirkungen der Landwirtschaft auf unser Ökosystem sinken werden. Diese Umstellung der Landwirtschaft muss politisch befördert und



unterstützt werden. Wir PIRATEN sind die Partei dafür. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Umstellungen der Subventionierung in der Land- und Fischwirtschaft ein. Wir wollen weg von der industriellen Tier- und Pflanzenproduktion hin zur ökologischen Produktion. Diese muss verstärkt gefördert werden, damit auch unter deren Bedingungen für die Allgemeinheit bezahlbare Lebensmittel in ausreichender Menge entstehen.

ÖDP:

Wir alle müssen unseren Lebensstil ändern: Das Ende der Förderung fossiler Ressourcen soll bis spätestens 2035 erfolgen. Demzufolge müssen wir unser Wirtschaften grundsätzlich umorganisieren. Hinzu kommt: Seit 1980 verbraucht die Menschheit Jahr für Jahr mehr Ressourcen, als die Erde zur Verfügung stellen kann. Wenn im Jahr 2050 alle Menschen weltweit den Lebensstil der heutigen reichen Länder kopieren wollten, benötigten wir die Ressourcen von drei Erden. Dennoch ist die gegenwärtige Politik nach wie vor vom Streben nach grenzenlosem Wirtschaftswachstum geprägt. Sämtliche etablierten Parteien haben dieses Ziel in ihren Programmen festgeschrieben. Die ÖDP hingegen ist seit jeher der Überzeugung, dass unsere begrenzte Erde kein grenzenloses Wachstum verträgt. Deshalb stehen wir für eine Umkehr hin zu einer für Menschheit und Natur verträglichen Wirtschaftsweise und fordern wirkungsvolle gesetzliche Regelungen. Weniger ist mehr! Siehe auch www.wenigeristmehr.jetzt oder www.oedp.de

SPD:

Eine der größten Herausforderungen und auch Verantwortung für Europa liegt im Klimaschutz. Die Industrialisierung hat unserem Kontinent Wohlstand und Fortschritt gebracht. Sie hat aber auch maßgeblich die Ursachen für die Klimaerwärmung gesetzt. Ein Prozess der bis heute andauert, mit global-katastrophalen Folgen: Lebensräume werden zerstört, für viele Menschen wird der Klimawandel zur Fluchtursache. Auch für die Tier- und Pflanzenwelt ist die Bedrohung enorm. Das bedeutet vor allen, dass wir unsere Energiewende fortsetzen müssen. Das gilt für Elektrizität ebenso wie für Wärme und Kälte und den Mobilitätssektor. Wir wollen dabei beweisen, dass Gewährleistung der Energiesicherheit für einen industriellen Hightech-Standort und der Verzicht auf klimaschädliche Gase gleichzeitig möglich sind.

Wir wollen für eine moderne Mobilitätspolitik sorgen, die sozialen, ökonomischen und ökologischen Ansprüchen gerecht wird. Neben ambitionierten Grenzwerten wollen wir eine verstärkte Förderung von Forschung und Entwicklung neuer Antriebstechnologien und Produktionsprozesse.



Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

Das Ziel unserer Umweltpolitik ist frische Luft, fruchtbare Böden, sauberes Wasser, eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt sowie gesunde Lebensmittel. Dem Verlust der biologischen Vielfalt wollen wir ein Ende bereiten. Dafür halten wir an unserem Ziel eines eigenständigen EU-Naturschutzfonds fest, damit in europäischen Schutzgebieten Schutz und Pflegemaßnahmen, Artenhilfsprogramme und weitere Maßnahmen zum Erhalt der biologischen Vielfalt gefördert werden.

Die SPD setzt sich für ambitionierte Ziele für eine höhere Ressourceneffizienz ein. Der Übergang zu einer ressourcenschonenden und energieeffizienten Wirtschaft wird nur erfolgen, wenn verpflichtende Ziele und finanzielle Anreize gesetzt werden, zum Beispiel bei der Recyclingrate oder durch ein Verbot der Entsorgung von recycelbaren und biologisch abbaubaren Abfällen auf Deponien. Die SPD fordert zudem, dass bis 2030 alle Kunststoffverpackungen wiederverwendbar oder recycelbar sein müssen.

Die SPD unterstützt Abgaben, die die Umweltauswirkung abbilden, zum Beispiel über den CO₂-Ausstoß oder den Ressourceneinsatz. Diese müssen aber fair gestaltet sein und einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen, das heißt nicht nur ein einzelnes Umweltziel und nicht nur die Produktion betrachten, sondern den gesamten Lebenszyklus.

Frage 3:

Wie wollen Sie (junge) Bürger*innen für die Themen Klima und Umwelt sensibilisieren?

Antworten:

CDU/CSU: Die Bewahrung der Schöpfung verstehen wir seit jeher als unseren Auftrag – das ist auch eine Frage verantwortungsvoller Politik für künftige Generationen. Deshalb sind der Schutz unserer Umwelt, die Erhaltung der Artenvielfalt und der Kampf gegen den Klimawandel zentrale Anliegen. Wir verfolgen diese Ziele entschlossen, mit Vernunft und Augenmaß. Wir wollen die Bevölkerung bei der Erreichung dieser Ziele mitnehmen und sie noch mehr für diese Themen sensibilisieren.

FDP: Wir erleben derzeit, dass junge Menschen, besonders in Deutschland, bereits heute sehr stark für klima- und umweltpolitische Fragen sensibilisiert sind. Als Freie Demokraten sehen wir unsere Aufgabe nicht darin, den jungen Bürgerinnen und Bürgern Europas die politische Tagesordnung vorzugeben. Statt dessen wollen wir ihnen durch die weltbeste



Bildung die Möglichkeit geben, sich über das politische Weltgeschehen eine informierte Meinung bilden zu können. Unter dieser Voraussetzung können sie selbst entscheiden, für welche Anliegen sie sich einsetzen.

FREIE WÄHLER: Wir fordern auf nationaler Ebene das Schulfach Lebenskunde zum Zweck einer Grundbildung für Lebensmittel und Nahrung ab dem Kindergarten. Landwirtschaft, Tiere und Tierhaltung muss auch als Pflichtthema in Lehrplänen verankert werden.

B90/Grüne: Aktuell scheint es ja eher umgedreht zu sein – die jungen Menschen fordern die Politik zum Handeln in der Klimakrise auf. Diese Forderungen wollen wir aufgreifen. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind derzeit im politischen Geschehen massiv unterrepräsentiert. Dabei haben politische Entscheidungen, die wir heute treffen, für genau sie die größte Auswirkung – insbesondere wenn es um Klima- und Umweltschutz geht. Wir denken, dass Kinder und Jugendliche ein Mitspracherecht für das Europa und die Welt, in der sie leben möchten, haben sollen. Daher wollen wir ein Europäisches Jugendparlament erschaffen, das das Europäische Parlament berät und damit strukturell garantiert, dass die Stimme der jeweils nächsten Generation gehört wird.

LINKE: Siehe Antworten zu Komplex 8.

Piratenpartei: Momentan bekommen die jungen Menschen das auch ganz gut selbst hin. Tatsächlich ist es ja der Protest der jungen Menschen bei Fridays for future, welcher überhaupt dafür sorgt, dass die herrschende Politik auch nur ansatzweise über dieses Thema spricht. Wir PIRATEN sind vertreten durch unseren Themenbeauftragten Maurice Conrad und viele aktive Piraten mit dabei und unterstützen die Bewegung. Die Frage ist also viel eher, wie Politiker anderer Parteien für das Thema sensibilisiert werden können. Vielen jungen Menschen liegt eine zeitgemäße Umwelt und Klimapolitik sehr am Herzen. Sonst würden sie nicht jeden Freitag auf den Straßen stehen und dafür demonstrieren. Das Problem ist aber, dass ihr Protest schlichtweg ignoriert oder weg gelächelt wird.

ÖDP: Die ÖDP unterstützt die Fridays for future-Demonstrationen als eine Form von politischem Engagement von Jugendlichen und jungen Bürgerinnen und Bürgern. Wir finden es mehr als verständlich, dass die Jugendlichen die ältere Generation dafür in Haftung nehmen, für einen besseren Umweltschutz zu sorgen, weil davon die Zukunft der Jugend abhängt. Die Sorgen von jungen Menschen sollten für alle politisch Verantwortlichen in Europa Anlass sein, wenigstens die vereinbarten Min-



deststandards (Pariser Klimaabkommen) so schnell wie möglich zu realisieren. Leider ist es so, dass Deutschland die selbst gesteckten Ziele nicht erreichen wird.

SPD:

Die Fridays for Future Demonstrationen haben gezeigt, dass die jungen Generationen von heute stark für die Themen Klima und Umwelt sensibilisiert sind. Zu tausenden organisieren sie sich für einen besseren Klimaschutz. Die Sensibilisierung wollen wir weiter voranbringen, etwas durch bessere Angebote der politischen Bildung. Aber fast wichtiger erscheint zurzeit die Notwendigkeit dafür zu sorgen, dass der Einfluss von jungen Menschen auf die (Klima-) Politik der Europäischen Union gestärkt werden muss. Dafür wollen wir die Jugendbeteiligung stärken. Die EU-Jugendstrategie stellt einen Rahmen dar, in dem die Jugendpolitik strukturell und ressortübergreifend gestärkt wird. Zudem wollen wir auch für Junge Menschen die Teilnahme an Europäischen Bürgerinitiative ermöglichen, in dem wir auch hier das Mindestalter für eine Beteiligung auf 16 Jahre absenken.

3. Bildungspolitik – Investieren in die Zukunft^[2]

Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft. Sie befähigen die jüngeren Generationen zu gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Teilhabe und sichern den Wohlstand von morgen.

Frage 1:

Welche bildungspolitischen Maßnahmen plant Ihre Partei, um gleichberechtigte soziale Teilhabechancen von klein auf sicherzustellen?

Antworten:

CDU/CSU:

In unserem Europa stehen uns allen vielfältige Bildungsmöglichkeiten offen. Das Erlernen von Fremdsprachen soll einen noch größeren Stellenwert in der Schule, im Beruf und in der Gesellschaft erhalten. Die praktische Umsetzung des europäischen Bildungsraums und die europaweite Anerkennung von Bildungsabschlüssen sind für uns vorrangig. Um die Mobilität von Schülern, Auszubildenden und Studierenden zu fördern, werden wir die Mittel für das neue Programm Erasmus+ deutlich erhöhen. Außerdem unterstützen wir die Bildung Europäischer Hochschulnetzwerke. Sie stärken nicht nur das Zusammengehörigkeitsgefühl unserer Jugend, sondern dienen auch der Wettbewerbsfähigkeit



Europas. Exzellente europäische Universitäten wollen wir gezielt fördern. Gleichmaßen wollen wir gerade unter der Jugend das Unternehmertum und den unternehmerischen Geist voranbringen. Hierzu leistet insbesondere unser duales Bildungssystem einen wichtigen Beitrag.

FDP:

Wir Freie Demokraten wollen faire Startchancen von Anfang an statt Gleichmacherei später. Deshalb setzen wir uns für die Förderung von Sprachkenntnissen von der Kita bis ins hohe Alter in der gesamten EU ein. Mehrsprachigkeit erlaubt den Zugang zu anderen Kulturen und macht uns zu Europäern. Eine gemeinsame Sprache erleichtert das Leben für alle. Egal ob bei Reisen ins Ausland, in der Ausbildung, beim Studium und bei der Arbeit oder in der Begegnung mit Menschen aus anderen Ländern. Wir wollen daher, dass jeder Mensch in Europa mindestens zwei Fremdsprachen sprechen kann.

Wir wollen generell, dass junge Menschen Ausbildungschancen in jedem EU-Land ihrer Wahl haben und daher Bildungsfreizügigkeit als neue Grundfreiheit einführen. Die Bologna-Reform hat bereits den Studierenden ermöglicht, ihr Studium an Hochschulen in verschiedenen Ländern zu absolvieren. Die Chance, die Ausbildung in anderen Ländern der Europäischen Union (EU) zu absolvieren, soll auf die berufliche Ausbildung ausgeweitet werden. Zudem sollen alle Schülerinnen und Schüler in der EU – unabhängig von den finanziellen Verhältnissen – die Möglichkeit bekommen, mindestens sechs Monate ihrer Schulzeit in einem anderen Mitgliedstaat zu verbringen. Dazu soll die gegenseitige Anerkennung von Zeugnissen und auch unterjährigen Ausbildungsleistungen erleichtert werden.

Zudem wollen wir Freie Demokraten auch die Chancen digitaler Bildung nutzen: Nach dem Vorbild der „Open University“ sollen Bildungsplattformen ihre Bildungsinhalte in Form von „Massive Open Online Courses“ über das Netz zur Verfügung stellen.

FREIE WÄHLER:

Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen in Deutschland gleiche Bildungschancen garantieren. Unsere Schulsysteme müssen ihnen den Raum zur Selbstverwirklichung geben, um ihre persönlichen Fertigkeiten, Interessen und Stärken auszubilden und sie auf das Berufsleben optimal vorbereiten. Wir wollen, dass Jugendliche in ihrer Heimat ihr Lebensglück finden können und nicht unbedingt gezwungen sind, sie für Ausbildung und Arbeitsplatz zu verlassen. Deshalb setzen wir uns für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land ein.



B90/Grüne: Wir GRÜNE haben uns in den Verhandlungen zu allen neuen EU-Programmen für die Berücksichtigung von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen eingesetzt. Wir wollen Programme wie Erasmus+ und den Europäischen Solidaritätskorps öffnen, damit allen eine Teilnahme ermöglicht wird. Außerdem ist es uns wichtig, dass die Ausbildung nicht als reine Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt gesehen wird, sondern die Interessen und Persönlichkeiten der Auszubildenden und Studierenden in den Mittelpunkt gestellt werden. Die neuen Programme fordern von den Mitgliedstaaten eine bessere Bildungspolitik mit gleichberechtigter Teilhabe und mehr Investitionen in Schulen. Bildung sehen wir als Investition in die Zukunft und nicht als reinen Kostenpunkt.

LINKE: Gute Bildung ist ein Menschenrecht – für alle Menschen, unabhängig von ihren individuellen Voraussetzungen und ihrer sozialen oder kulturellen Herkunft. Emanzipatorische Bildung fördert Kreativität, Kritik- und Handlungsfähigkeit, Solidarität und historisch-politisches Bewusstsein. Sie befähigt alle, solidarisch die gesellschaftlichen und globalen Schlüsselprobleme der Menschheit zu bearbeiten. Dafür kämpfen wir weltweit und wir wehren uns dagegen, Bildung auf ihre Verwertbarkeit für den ökonomischen Profit zu reduzieren. In der allgemeinen und beruflichen Bildung sollen Humanisierung der Arbeit, Demokratisierung und Partizipation sowie Emanzipation Leitziele sein.

Wir brauchen überall in Europa gute und gut ausgestattete Bildungssysteme. Europaweit müssen gemeinsame Standards gelten zur Sicherung der materiellen und personellen Rahmenbedingungen an Schulen, zur Ausbildung, zu den Arbeitsbedingungen der Fachkräfte und zur Bildungsfinanzierung. Die Rahmenbedingungen an den Schulen müssen stimmen, das bedeutet u.a. gut ausgebildetes und ausreichendes Schulpersonal. Wir brauchen längeres gemeinsames Lernen in einer sozialen Durchmischung statt sozialer Selektion. Wir brauchen einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagschulplatz, Beitragsfreiheit in der Bildung und in der Ausbildung eine Mindestausbildungsvergütung, um die Bildungsfrage von der sozialen Frage zu entkoppeln.

Piratenpartei: Wir PIRATEN sehen Bildung als ein Grundrecht an. Der Zugang zu Bildung soll nicht nur ermöglicht sondern explizit gefördert werden. Das fängt mit der frühkindlichen Bildung an, schon hier werden wichtige Grundlagen gelegt. Wir wollen die Angebote für Eltern ausweiten, so dass es keinen Unterschied macht, in welchen ökonomischen Verhältnissen ein Kind geboren wird. Dafür fordern wir unter anderem eine Kindergrundsicherung und ein Kindergrundeinkommen, welches nicht



pfänd- oder auf andere Sozialleistungen anrechenbar ist. Außerdem setzen wir uns für den Einsatz von digitalen Hilfsmitteln sowie den Einsatz und die staatliche Förderung von frei nutzbaren Bildungsressourcen ein. Durch Kooperation in diesem Bereich können die Kosten für einzelne Schulen gesenkt und die Qualität der Bildung für alle auch im Universitätsbereich erhöht werden.

ÖDP: Die Schullandschaft muss möglichst vielfältig sein. Dazu gehören sowohl ein dreigliedriges, durchlässiges Schulsystem als auch Gesamtschulen bzw. Gemeinschaftsschulen und Modelle freier Träger. Staatlich anerkannte und genehmigte private Schulen sind staatlichen Schulen gleichzustellen. Ganztageschulen und Ganztagesbetreuungsangebote sollen bedarfsgerecht das bisherige Schulangebot ergänzen. Die ÖDP fordert die verstärkte Integration von Kindern aus anderen Sprachbereichen und Kulturen, die gezielte Förderung lernschwacher Kinder durch zusätzliche Maßnahmen außerhalb des regulären Unterrichts, aber auch die Förderung besonders begabter Kinder im Rahmen selbst gewählter Projekte. Die Integration von behinderten Kindern in den Regelunterricht ist im Rahmen des Möglichen anzustreben. Eine weitere Kraft in jeder Schulklasse ist anzustreben.

SPD: Mit der „Kindergarantie“ führen wir ein Instrument ein, um Kinderarmut zu beenden; die dafür bereitgestellten Mittel in Höhe von 5,9 Milliarden Euro sollen allen Kindern den Zugang zu Bildung ermöglichen. Die Jugendbeschäftigungsinitiative soll jeder und jedem unter 25 Jahren einen Ausbildungsplatz garantieren und damit eine berufliche Perspektive eröffnen. Wir wollen, dass alle jungen Menschen unter 25 Jahren in vier Monaten konkrete Angebote für eine sichere berufliche Zukunft haben, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder ihre Ausbildung abgeschlossen haben. Wir kämpfen für die Schaffung eines europäischen Korridors für eine Mindestausbildungsvergütung, so dass alle Azubis die Lebenshaltungskosten im jeweiligen Mitgliedsstaat damit decken können und unter würdigen Bedingungen eine Berufsausbildung absolvieren.

Wir engagieren uns für die Schaffung eines Europäischen Bildungsraums bis 2025 in dem die gegenseitige Anerkennung von Schul- und Hochschulabschlüssen und weiterer Lernzeiten im Ausland sehr viel einfacher möglich ist. Weiterhin unterstützen wir die Schaffung eines Netzwerkes Europäischer Universitäten, die Einführung eines EU-Studienausweises und unterstützen die Umsetzung der Initiative der EU Mitgliedstaaten, nach der bis 2025 alle jungen Europäerinnen und Europäer beim



Abschluss der Sekundarstufe II neben ihrer bzw. ihren Muttersprachen über gute Kenntnisse in zwei Fremdsprachen verfügen sollten.

Will man Lernorte schaffen, die motivieren, Spaß machen und den Herausforderungen einer immer globaler vernetzten Welt Stand halten, müssen die Mitgliedstaaten 10 % ihres Bruttoinlandsproduktes in die Bildung investieren. Ansonsten sind bildungspolitische Wünsche und Forderungen nicht realisierbar.

Der qualitative Ausbau frühkindlicher Bildungsangebote gesellschaftspolitisch notwendig. Der strategische Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung (ET 2020) enthält die Zielvorgabe, dass bis 2020 mindestens 95 % der Kinder zwischen vier Jahren und dem Schulpflichtalter an der frühkindlichen Bildung teilnehmen. Wir Sozialdemokraten fordern, dass diese Zielvorgabe in den EU-Mitgliedstaaten endlich umgesetzt wird.

Frage 2:

Haben Sie vor, das Budget für ERASMUS+ und Forschung in europäischen Universitäten zu erhöhen?

Antworten:

CDU/CSU: Siehe Antwort auf Frage 1.

FDP: Wir Freie Demokraten setzen uns für die Ausweitung des Erasmus+-Programms auf allen Ebenen von Bildung und Ausbildung ein. Jedem jungen Menschen muss es möglich sein, einen Teil oder seine ganze Ausbildung in einem anderen Land der Europäischen Union zu absolvieren. Bildung und Forschung muss der Schwerpunkt europäischer Investitionsoffensiven für die nächsten Jahre sein.

FREIE WÄHLER: Das europäische Förderprogramm Erasmus+ für allgemeine und berufliche Bildung sowie Jugend und Sport ist ein wirkungsvolles Instrument für die interkulturelle Bildung und den europäischen Jugendaustausch. Die Nachfrage ist aber höher als das zur Verfügung stehende Angebot und die bürokratischen Hürden sind recht hoch. Wir FREIE WÄHLER wollen das Programm deshalb finanziell besser ausstatten und strukturell vereinfachen.



- B90/Grüne:** Wir fordern im Europäischen Parlament eine Verdreifachung der finanziellen Mittel für Erasmus+. Europäische Universitäten und Studierende werden von dieser Erhöhung profitieren, aber auch die Mobilität von Auszubildenden soll stärker gefördert werden. Ebenso fordern wir eine erhebliche Erhöhung der Ausgaben für Forschung.
- LINKE:** Wir wollen ein ERASMUS-Programm, das Studierenden und Azubis insbesondere aus sozioökonomisch schwachen Hintergründen oder mit Beeinträchtigungen unkomplizierte Möglichkeiten für einen Auslandsaufenthalt während des Studiums bzw. der Ausbildung bietet. Außerdem sollen europäische Schüler*innenaustausche für alle Schüler*innen zum Standard werden und nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Dazu braucht es eine Verzehnfachung der Gelder des ERASMUS-Programms, um eine vollumfängliche Kostendeckung für die Auslandsaufenthalte sicherzustellen.
- In der EU steht die Wissenschaftsfreiheit vor dem Hintergrund von Sparmaßnahmen beachtlich unter Beschuss. DIE LINKE streitet für freie Forschung und Lehre, in der Hochschulangehörige in ganz Europa frei Wissenschaft betreiben können. DIE LINKE lehnt eine europäische Exzellenz-Initiative zugunsten von Prestige-Universitäten entschieden ab. Stattdessen wollen wir weg von repressiven Studienordnungen hin zu einem selbst- bestimmten, interdisziplinären und kritischen Studieren. Wir fördern den Austausch von Lehrenden und Lernenden über Landesgrenzen hinweg.
- Piratenpartei:** Das ERASMUS+ Programm ist eine wichtige Grundlage für Studierende, um Erfahrungen im Ausland zu machen. Wir PIRATEN sehen es als sehr förderungswert an und setzen uns für einen Ausbau ein. Forschungsprojekte, welche von europäischen Institutionen ausgeschrieben werden, wären ein guter Weg, die Europäische Universitätslandschaft zu stärken. Dieser Bereich muss gefördert werden insbesondere auch für grenzüberschreitende Projekte.
- ÖDP:** Ja, das durch die EU finanzierte Studenten- und Azubi-Austauschprogramm ERASMUS+ soll stärker gefördert werden, denn es trägt u.a. zur allgemeinen Völkerverständigung und zur persönlichen Entwicklung bei. Darüber hinaus sind Mittel in Bildungs- und Wissenschaftsprogramme grundsätzlich sinnvoll.
- SPD:** Wir Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, dass „ERASMUS+“ das Programm der Union für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und



Sport für die Zeit 2021 bis 2027 mit 41 Milliarden Euro ausgestattet wird, was eine echte Mittelverdreifachung darstellt. Darüber hinaus soll „Horizont Europa“, das EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, nach Willen des Parlamentes für die Jahre 2021 bis 2027 mit 120 Milliarden Euro ausgestattet werden, was ebenfalls einen deutlichen Mittelaufwuchs bedeutet. Die „Europäischen Hochschulen“ sind erstmals in ERASMUS+ ausdrücklich verankert und wir Sozialdemokraten wollen, dass hiermit vor allem Bildungs- und Forschungsnetzwerke von Hochschulen noch besser gefördert werden.

Frage 3:

In Zeiten von demografischem Wandel, steigender Lebenserwartung, Globalisierung und Digitalisierung nimmt lebenslanges Lernen eine zunehmend wichtige Rolle ein. Welche bildungspolitischen Maßnahmen plant Ihre Partei, um lebenslanges Lernen sicherzustellen?

Antworten:

CDU/CSU: Wegen der rasanten Zunahme von neuem Wissen wird es immer wichtiger, dass auch das lebensbegleitende Lernen, die Weiterbildung und die berufliche Fortbildung stärker gefördert werden. Wir wollen daher das europäische Bildungsangebot auch älteren Menschen zur Verfügung stellen. Mit Blick auf die beruflichen Fortbildungsabschlüsse werden CDU und CSU noch in diesem Jahr das Berufsbildungsgesetz novellieren, darin attraktive neue Abschlussbezeichnungen und Fördermöglichkeiten einführen. Zudem werden wir in dieser Legislaturperiode eine nationale Weiterbildungsstrategie erarbeiten.

FDP: Wir Freie Demokraten setzen uns für die Möglichkeiten des lebenslangen Lernens ein. Gerade kombiniertes Lernen bietet hierfür viele Möglichkeiten durch die Kombination aus Präsenzunterricht, Online-Selbstlernerneinheiten und Praxisphasen. Jeder Mensch lernt anders und zieht erst aus der Vielfalt von Angeboten das beste Ergebnis für sich. Die Kombination verschiedener Unterrichtsformen vermittelt und nutzt den Umgang mit verschiedenen Methoden und Lernkanälen. Die Bildung in Deutschland und Europa wird zukunftsweisend gestaltet, indem mehr mit digitalen Medien und über digitale Medien gelernt wird. Wir unterstützen auch innovative Bildungsplattformen nach dem Vorbild der „Open University“, zu der jeder Bürger, unabhängig seines formellen Bildungsgrades, Zugang bekommen soll. Deren Bildungsinhalte sollen in



Form von „Massive Open Online Courses“ (MOOCs) online zur Verfügung gestellt werden.

FREIE WÄHLER: Die Erasmus+-Förderung muss weiterhin für alle Gesellschafts- und Altersschichten Bildungsmöglichkeiten bereithalten. Die Bereiche der beruflichen Bildung und der Erwachsenenbildung wollen wir FREIE WÄHLER weiter ausbauen.

B90/Grüne: Wir GRÜNE fordern, die neuen EU-Programme zu öffnen und z. B. für Erasmus+ oder den ESF+ eine Erweiterung der Möglichkeiten für Trainings und Weiterbildungen zu verankern. Diese Möglichkeiten sollen allen zugutekommen, sowohl der arbeitenden als auch der arbeitslosen Bevölkerung. Gerade in der heutigen Zeit glauben wir an die Notwendigkeit, auch zweite und dritte Chancen zu eröffnen. Wir wollen bereits in der Schule ein breiteres Fächerangebot einführen und einen größeren Schwerpunkt auf das Erlernen von Soft Skills legen, um eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben aller Bürgerinnen und Bürger jeden Alters zu ermöglichen.

LINKE: Die EU hat in den vergangenen Jahren die „Beschäftigungsfähigkeit“ der Absolvent*innen in den Mittelpunkt ihrer Bildungspolitik gestellt. Mit „lebenslangem Lernen“ wurde vor allem die Aufforderung verknüpft, dass die Beschäftigten ihre Kenntnisse und Fähigkeiten möglichst flexibel dem sich wandelnden europäischen Arbeitsmarkt anpassen sollen. Damit muss Schluss sein. Diese Orientierung untergräbt humanistische und inklusive Bildungskonzepte. Damit einher geht auch eine völlige politische Verantwortungslosigkeit gegenüber demokratischen Reformen in Bildungseinrichtungen, die die Mitsprache von Studierenden und Auszubildenden sichert sowie geschlechtergerechte Bildungs- und Lehrangebote jenseits von Absichtserklärungen realisiert. Wir setzen uns für die Durchlässigkeit des Bildungssystems ein, wollen Quereinstige und ein Studium ohne Abitur einfacher machen.

Piratenpartei: Lebenslanges Lernen ist die einzige Chance die wir haben, mit den sich tagtäglich weiterentwickelnden Prozessen mit zu halten. Leider sind unsere Bildungssysteme noch kaum daran angepasst. An vielen Stellen wird mit Abendschule oder Fernstudien nachgebessert, leider wird das nicht ausreichen. Um lebenslanges Lernen wirklich zu ermöglichen, müssen etablierte Strukturen aufgebrochen und neu gedacht werden. Den Universitäten kommt hierbei eine besondere Rolle als Wissenshubs zu. Hier können Informationen gesammelt und aufgearbeitet werden.



Die Universitäten müssen sich dafür sehr viel stärker als bisher für die Gesellschaft öffnen. Das Potential ist auf jeden Fall vorhanden, Die Umsetzung würde aber tatsächlich teuer werden. Wir PIRATEN sind davon überzeugt, dass sich diese Investition in die Bildung auszahlen wird.

ÖDP:

Die Möglichkeiten zur Weiterbildung und zu lebenslangem Lernen (z.B. an Volkshochschulen, Fachhochschulen, Universitäten) sind zu stärken und zu verbessern. Die ÖDP vertritt ein ganzheitliches Bildungskonzept, welches das Lernen mit allen Sinnen beinhaltet und die Entfaltung des Einzelnen im Rahmen seiner Möglichkeiten zum Ziel hat. Dabei geht es um eine Chancengleichheit, deren Ziel nicht darin besteht, möglichst viele Kinder zum Abitur zu führen, sondern vielmehr darin, jedem die Möglichkeit zu geben, seinen Begabungen entsprechend gefördert zu werden und so seinen Weg zu gehen. Musische Fächer und kreative Angebote sind in allen Bildungseinrichtungen aufzuwerten, um das Empfindungsvermögen und die Vielschichtigkeit der Welterfahrung zu steigern.

SPD:

Der Anteil der Menschen in der EU, die lebenslang lernen, muss bis 2025 auf 25 % steigen. Deshalb setzen wir uns für bessere Zugänge zu lebenslanger, qualitativ hochwertiger Bildung ein. Bestehende Berufsqualifikationen dürfen nicht entwertet, sondern müssen durch ein Recht auf Weiterbildung und Qualifizierung für die Zukunft genutzt werden. Wir wollen, dass die Menschen selbstbestimmt über ihre Bildungsbiographie entscheiden können. Dafür braucht es offene Institutionen, die für den Bildungserfolg der Menschen zusammenarbeiten. Insbesondere die Hochschulen sind hier gefordert, sich mehr zu öffnen. Wir wollen, dass im Zuge des digitalen Wandels neue Technologien Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern systematisch ein breiterer Zugang zu Weiterbildungsmöglichkeiten eröffnet wird.

Schließlich muss Lernen gelernt sein. Deshalb setzten wir uns dafür ein, dass neben Bildungsinhalten in Schulen auch gelernt wird, wie man selbst systematisch sein Leben lang selbst konsequent weiter lernen kann.



4. Agrarpolitik – Nachhaltige Landwirtschaft

Landwirtschaft steht zusätzlich zur Bereitstellung von Nahrungsmitteln in Verbindung mit einer Vielzahl anderer Politikbereiche, wie Klimaschutz, Umweltschutz und Entwicklung im ländlichen Raum.

Frage 1:

Wie wollen Sie sicherstellen, dass die europäische Agrarwirtschaft zukunftsorientierte Investitionen tätigt und gleichzeitig ihrer bedeutenden Rolle beim Klimaschutz und dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen nachkommt?

Antworten:

CDU/CSU: Wir werden die Direktzahlungen für die Landwirte als Basisabsicherung erhalten und sie noch stärker an Klima- und Umweltschutzleistungen binden. Zudem werden wir verstärkt die Zukunftsinvestitionen der Landwirte, insbesondere in digitale Landtechnik, Umwelttechnik und klimafreundliche Ställe unterstützen.

FDP: Wir wollen die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) marktwirtschaftlich modernisieren. Ziel ist es, den Landwirten Chancen auf wirtschaftlichen Erfolg, digitalen Fortschritt und eine eigenverantwortliche Risikoversorge zu ermöglichen. Daher setzen wir uns für Bürokratieabbau, Markttransparenz und fairen Wettbewerb ein. Im steten Dialog mit den landwirtschaftlichen Betrieben müssen die Agrarsubventionen sukzessive abgebaut werden, um die Unabhängigkeit europäischer Landwirte langfristig zu erreichen. Die "Digitale Landwirtschaft 4.0" kann zudem dabei helfen, mühsame Aufgaben durch Automatisierung zu ersetzen, Pflanzenschutz- und Düngemittel präziser auszubringen, die Gesundheit der Nutztiere besser zu überwachen und Bürokratiekosten zu mindern.

FREIE WÄHLER: Wir FREIE WÄHLER setzen uns dafür ein, dass die Landwirtschaftspolitik in Europa auch künftig marktorientiert organisiert ist und keine Rückkehr zu bereits gescheiterten Strategien erfolgt. Dies darf jedoch keinesfalls zulasten der Lebensmittelsicherheit und -qualität, des Tierwohls oder der Umwelt gehen. Die Landwirtinnen und Landwirte müssen für die Bereitstellung ihrer Produkte einen gerechten Preis auf dem Markt erzielen können.



- B90/Grüne:** Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Junglandwirt*innen und Neueinsteiger*innen besondere Hilfen für Investitionen erhalten, unter der Voraussetzung, dass die Investitionen konform sind mit den Zielen zu Klima-, Tier- und Umweltschutz.
- LINKE:** Auch in der EU soll Landwirtschaft gesund, umweltgerecht und regional orientiert produzieren können, statt in einen globalen Preiskrieg gezwungen zu werden. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Europäische Union für eine Reform der Welthandelsorganisation (WTO) eintritt, damit Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität nicht länger durch das Dogma des Freihandels verhindert werden. Derzeit zerstört die EU mit subventionierten Exporten und Freihandelsverträgen die nationalen Märkte des globalen Südens und raubt den Menschen die Lebensgrundlage. Zu den UNO-Zielen gehört die Abschaffung des Hungers. DIE LINKE will dies zu einer Priorität der Europäischen Kommission machen. Weltweit ist die Zahl der Hungernden im letzten Jahr auf 821 Millionen Menschen gestiegen. Eine strukturelle Ursache sind benachteiligende Handelsbeziehungen und Billigexporte von Agrarüberschüssen, zum Beispiel Hühnerenteile aus Europa. Dadurch werden Kleinbauern um ihre Existenz gebracht. Landwirtschaft muss vor Ort Ernährung sichern, statt zunehmend in Großbetrieben für den Weltmarkt zu produzieren. Wir wollen Landraub (landgrabbing), das Leerfischen der Fischgründe und die Spekulation mit Nahrungsmitteln verbieten.
- Zudem wollen wir grenzübergreifend Ernährungssouveränität und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern, statt die Agrarindustrie weiter zu pöppeln. Dafür wollen wir die bisherigen EU-Flächenprämien umwidmen und in den Umbau zu einer klimaverträglichen Landwirtschaft investieren. Sozialversicherungs- pflichtige Arbeitsplätze müssen auch für mitarbeitende Familienangehörige und Saisonarbeitskräfte Normalität sein. Ausbildung und Beschäftigung für Menschen mit Behinderungen sowie die Anrechnung der Arbeitskosten bei Großbetrieben sollen überprüfbare Voraussetzungen für die Zahlung von Prämien aus dem Agrar-Etat der EU werden.
- Piratenpartei:** Die Ansätze sind durchaus bereits in EU-Mitgliedsstaaten vorhanden. Holland muss hier allen anderen Nationen ein Vorbild sein. Trotz vergleichsweise geringer Landmasse ist dieses kleine Land bei vielen Agrarprodukten Weltmarktführer. Enge Zusammenarbeit zwischen Universitäten, Regierung und landwirtschaftlichen Betrieben ermöglicht diesen Erfolg. Diese Lösungen, also Einsatz wissenschaftlicher



Stiftung für die Rechte
zukünftiger Generationen

Erkenntnisse direkt in der Produktion, ist richtungsweisend. Die Aufgabe besteht nun darin, diese Ansätze zu nehmen und sie der Situation in unterschiedlichen EU-Mitgliedsstaaten anzupassen. Eine konsequente Verfolgung dieser Politik wird nicht nur sicher stellen, dass unsere Lebensgrundlage erhalten wird, sondern auch, dass die Qualität steigt und Versorgungssicherung mit Nahrungsmitteln erhöht wird.

ÖDP: Antwort auf Fragen 1 und 2 zusammen, siehe unten.

SPD: Geld aus dem europäischen Agrarbudget muss den Grundsatz „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ erfüllen. Das bedeutet, dass Subventionen künftig an Umwelt-, Klima- oder Tierschutzleistungen gebunden werden müssen. Jede/r Landwirt/in, der/die in dieser Hinsicht viel leistet, soll dafür auch mit öffentlichen Mitteln honoriert werden. Unser Ziel ist der schrittweise Ausstieg aus den Flächenprämien, die bereits heute oft an den LandwirtInnen vorbei in das Portemonnaie von millionenschweren GrundstücksbesitzerInnen wandert. Deshalb setzen wir uns für eine effektive Deckelung der Basisprämie und für einen Einstieg in den Ausstieg davon ein. Zukunftsorientierte Investitionen sind nur dann wirklich zukunftsorientiert, wenn sie den Klimaschutz ernst nehmen. Wir verstehen Klimaschutz nicht als Hemmschuh für Innovationen, sondern als den Treiber für eine neue Definition von Fortschritt. Wirklich fortschrittliche Landwirtschaft stellt die Qualität anstelle der Quantität in den Mittelpunkt. Denn nur, wenn wir in Zukunft nachhaltig und umweltschonend Lebensmittel produzieren, können wir unsere Umwelt und Böden in einer Weise bewahren, dass zukünftige Generationen diese weiterhin nutzen können.



Frage 2:

Wie wollen Sie zukünftig sicherstellen, dass die europäische Agrarindustrie Landwirtschaftsflächen ökologisch nachhaltig bewirtschaftet und Konsument*innen angemessen über die Nachhaltigkeit des Anbaus informiert werden?

Antworten:

CDU/CSU: Wenn Landwirte besondere Natur- und Klimaschutzmaßnahmen erbringen, sollen sie in Zukunft eine echte Entlohnung erhalten. Umweltmaßnahmen und den Ökolandbau wollen wir weiter verlässlich fördern und darüber transparent informieren. Dabei helfen klare Kennzeichnungen, wie das Ökosiegel und Regionallabel.

FDP: Als Freie Demokraten unterstützen wir das Streben nach einer ökologisch nachhaltig aufgestellten Agrarwirtschaft in Europa. In diesem Zusammenhang unterstützen wir die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) der Vereinten Nationen (UN). Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union (EU) soll daher zukünftig dergestalt ausgerichtet werden, dass sie nicht mehr zulasten der Entwicklungsländer geht. Wir fordern darüber hinaus, dass die Verantwortung für eine möglichst leidensfreie Tierhaltung in Europa in Zukunft eine höhere Priorität einnimmt. Dazu wollen wir ein verpflichtendes europäisches Tierschutzsiegel einführen, das dem Konsumenten über die Tierschutzstandards, die an ein tierisches Produkt angelegt wurden, Aufschluss gibt. Mittelfristig wollen wir einheitliche europäische Tierhaltungsstandards in Europa realisieren.

FREIE WÄHLER: Wir FREIE WÄHLER wollen den allmählichen Übergang zu modernen Landbewirtschaftungsmethoden unterstützen. Ziel muss es einerseits sein, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu reduzieren und durch umweltfreundlichere Alternativen zu ersetzen. Andererseits wollen wir hohe Tierwohlstandards, eine bessere Rückverfolgbarkeit sowie Gesundheits- und Pflanzenschutznormen gewährleisten.

B90/Grüne: Wir streiten für eine konsequente Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik und fordern, dass zukünftig alle Zahlungen an die Landwirtschaft an hohe Standards wie zu Umwelt-, Klima- und Tierschutz sowie Sozialstandards gebunden werden. Wir setzen uns für eine vielfältige Agrarstruktur mit lebendigen ländlichen Räumen und zukunftsfesten Betrieben ein.



Stiftung für die Rechte
zukünftiger Generationen

Darüber hinaus setzen uns für eine Wahlfreiheit der Verbraucher*innen und für eine eindeutige Kennzeichnung von Lebensmitteln ein. Label für Produkte der ökologischen Landwirtschaft gibt es.

Aber auch Produkte der konventionellen Landwirtschaft sollten klar gekennzeichnet werden. Beispielweise, wenn bei der Tierfütterung gentechnisch veränderte Futtermittel genutzt wurden, sollte das auf Milch- und Fleischverpackungen klar erkennbar sein. Ebenfalls sollten Fertigprodukte (Nudeln, Kuchen u.a.) aufzeigen, ob die Eier von Hühnern aus Käfigen oder der Freilandhaltung stammen.

Wir wollen eine Nährwertampel für Lebensmittel – aber nur eine, die sich an festen Größen, also 100 g bzw. 100 ml orientiert und damit auch wirklich objektiv und vergleichbar ist.

LINKE:

Wir setzen uns für eine antibiotika- und glyphosatfreie Landwirtschaft ein. Wir stellen uns gegen eine Verlängerung der Zulassung für Glyphosat, das von der WHO als wahrscheinlich krebserregend eingestuft wurde. Und wir wollen eine Kennzeichnungspflicht von Lebens- und Futtermitteln, die mit Pestiziden oder Fungiziden behandelt wurden. Darüber hinaus fordern wir ein Verbot von Massentierhaltung in Europa. Die industrielle Tierhaltung muss durch umwelt- und ressourcenschonende Haltungsformen ersetzt werden. Wir fordern, Subventionen nur noch an kleine Betriebe, die ökologisch arbeiten, zu vergeben. EU-Landwirtschaftssubventionen dürfen nicht nur auf Grundlage der Flächengröße vergeben werden. Dadurch werden vor allem Agrarkonzerne gefördert. Werte wie Boden- und Landschaftspflege, ökologische Wertigkeit und Ausbildung und Beschäftigung für Menschen mit Behinderungen müssen zum Maßstab werden. Wir fordern höhere Investitionen in die bestehenden Maßnahmen, stärkere Sanktionen von Verstößen gegen Schutzstandards und die Integration der Wasserschutzziele in andere Politikfelder wie Landwirtschaft, Energie, Verkehr und Hochwasserschutz. Gentechnik in der Landwirtschaft und Patente auf Pflanzen, Tiere und anderes Leben lehnen wir ab. Das uneingeschränkte Recht auf freien Nachbau des Saatgutes muss wiederhergestellt, Konzerne wie BAYER-Monsanto müssen entmachtet werden. Wir fordern ein Verbot des Anbaus und Imports von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in der gesamten EU, sowie ein Verbot von Patenten auf Tiere und Pflanzen allgemein.

Piratenpartei:

Wir PIRATEN setzen uns zunächst dafür ein, dass nur ökologische Landwirtschaft von der EU gefördert wird. Europäische Qualitätsstandards, deren Einhaltung auch kontrolliert wird, können ein starkes Verkaufs-



argument für Produkte sein. Wir setzen uns daher für einen starken Verbraucherschutz und eine aussagekräftige Kennzeichnung der Lebensmittelinhaltsstoffe hinsichtlich des Erzeugungsstandards ein.

ÖDP:

Antwort auf Fragen 1 und 2 zusammen.

Die Landwirtschaft wurde innerhalb weniger Jahrzehnte von einer bäuerlichen Kreislaufwirtschaft zu einer industriellen „Rohstoff-Produktion“ für Nahrungsmittelindustrie und Energieerzeugung umgebaut. Die Subventions-, Freihandels- und Wettbewerbspolitik der EU ließ den Landwirten kaum eine Wahl - und hat sie immer mehr von Subventionen, von der chemischen Industrie sowie von Öl- und Futtermitteln einführen abhängig gemacht. Davon profitieren vor allem große, intensiv wirtschaftende Betriebe. Kleinere Familienbetriebe bleiben oft auf der Strecke. Wir wollen diese Entwicklung stoppen. Unser Ziel ist eine bäuerliche, ökologische Landwirtschaft mit weitgehend regionaler Vermarktung statt Weltmarktorientierung. Die ÖDP fordert u.a. die Koppelung der Subventionen an eine ökologische Wirtschaftsweise und die Begrenzung der Tierhaltung durch Bindung an hofnahe Fläche, das bedeutet maximal 2 GV (Großvieheinheiten) pro Hektar. Die Landwirte müssen zum Partner des Naturschutzes gemacht werden und entsprechende Aufwendungen sollen honoriert werden. Klare Kennzeichnungsregelungen für nachhaltig und ökologisch produzierte landwirtschaftliche Produkte befürwortet die ÖDP ausdrücklich. Zudem fordern wir die Kennzeichnungspflicht für alle Lebensmittel-Inhaltsstoffe mit Angabe des Herstellers und des Herstellungsortes.

Die ÖDP will ein Verbot des Anbaus und Imports gentechnisch veränderter Pflanzen und Lebensmittel. Bis zum Inkrafttreten des Verbots brauchen wir die eindeutige Kennzeichnung sämtlicher Produkte aus gentechnisch verändertem Material.

Im Übrigen siehe dazu auch Antwort zu 1.2.

SPD:

Wir SozialdemokratInnen treten für eine echte Kostenklarheit und Kostenwahrheit bei landwirtschaftlichen Produkten ein. Es kann nicht sein, dass Probleme wie die Wasserverschmutzung, der Artenverlust und Klimaschäden abgekoppelt von landwirtschaftlicher Produktion als Aufgabe für die Allgemeinheit verbucht werden. Das alte Prinzip, Gewinne zu privatisieren und Probleme zu sozialisieren, muss ein Ende haben. Deshalb unterstützen wir den ökologischen Landbau, denn er ist ein besonders auf Nachhaltigkeit ausgerichtetes landwirtschaftliches Produktionssystem. Der Öko-Sektor produziert qualitativ hochwertige und gesunde Lebensmittel. Darüber hinaus erbringt der ökologische Land-



bau eine Vielzahl gesellschaftlich erwünschter Leistungen, wie beispielsweise höhere Standards beim Tierwohl. Daher wollen wir den Öko-Landbau in der EU auch weiterhin stärker fördern. Der Sektor muss durch weiteres Wachstum auch in die Lage versetzt werden, die große Nachfrage nach Bio-Produkten in der EU zu bedienen. Das robuste Wachstum des Sektors wollen wir weiterhin unterstützen und setzen uns in diesem Sinne für eine praxisgerechte Umsetzung der neuen Öko-Verordnung ein. Das bereits bekannte Label des ökologischen Landbaus informiert die VerbraucherInnen zuverlässig. Europäische Produkte sollen in Zukunft deutlicher machen, woher die Inhaltsstoffe kommen. Dazu gehört auch, dass Informationen über die Haltung von Tieren auf verarbeitete tierischen Produkte gedruckt werden. Wir wollen die europäischen KonsumentInnen so gut es geht informieren.

Zudem fordern wir ein europäisches Tierwohllabel, nach dem Vorbild der Eierkennzeichnung, welche gut funktioniert und von den VerbraucherInnen und Verbrauchern auch angekommen wurde. Ein solches Label ist die einzige Lösung, die langfristig funktionieren wird, auch ohne den europäischen Binnenmarkt zu verzerren.

5. Wohnungsmarkt – sich eine Wohnung oder ein Haus leisten können

In vielen EU-Ländern gibt es einen Mangel an bezahlbaren Wohnungen, der junge Menschen tagtäglich beschäftigt: Die steigenden Mietpreise zwingen viele junge Menschen dazu, in unzureichenden Wohnungen zu leben. Für viele von ihnen steht es heutzutage zusätzlich außer Frage, sich ein eigenes Haus leisten zu können. Dies beeinträchtigt ihre Lebensqualität und erschwert die Zukunfts- und Familienplanung.

Frage:

Welche Maßnahmen wollen Sie umsetzen, um jungen Menschen den Zugang zu bezahlbarem Wohnraum zu sichern?

Antworten:

CDU/CSU: Eine wichtige Voraussetzung für eine nachhaltige Sicherung des sozialen Friedens in Europa ist der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum für Menschen aus allen Einkommensschichten und Altersgruppen. Daher unterstützen wir auch in Zukunft die Bereitstellung entsprechender EU-Fördermittel zur Finanzierung sozialer Wohnungen, insbesondere in strukturell schwächeren Regionen. Mit Wohnungsbaudarlehen, die von



der Europäischen Investitionsbank finanziert werden, wollen wir in Zukunft dafür sorgen, dass sich junge Familien Wohneigentum weiterhin leisten können.

FDP: Wir Freie Demokraten wollen die Knappheit von bezahlbarem Wohnraum lindern, indem wir den Neubau von Wohnungen attraktiver gestalten. Zum Beispiel wollen wir die jährliche Abschreibungsrate von Gebäuden auf drei Prozent erhöhen. Des Weiteren setzen wir uns dafür ein, Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und überflüssige Regularien abzubauen.

Für den Erwerb von selbstgenutzten Immobilien fordern wir einen flexibel nutzbaren und unter bestimmten Bedingungen wiederauffüllbaren Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer bis zu einem Höchstbetrag von 500.000 Euro pro Person.

FREIE WÄHLER: Wir wollen, dass es in den immer teurer werdenden Ballungsräumen den älteren Menschen, Geringverdienern, Familien und jungen Menschen möglich ist, in ihrer vertrauten Umgebung zu wohnen. Deshalb setzen wir uns für die Wiedereinführung der Eigenheimzulage ein. Wir wollen aber auch, dass wieder mehr Wohnraum, insbesondere durch sozialen Wohnungsbau, geschaffen wird, um das Leben in den Städten bezahlbar zu machen. Durch eine Wohnungsbauoffensive wollen wir insbesondere in Zuzugsregionen das Mietpreinsniveau wieder senken. Dafür ist es dringend erforderlich, überzogene Bauvorschriften zurück zu nehmen und die Fördermittel für sozialen Wohnungsbau aufzustocken. Außerdem wollen wir jungen Menschen während ihres Studiums die Sorgen der Finanzierung ihrer Ausbildung nehmen. Gerade in Ballungsräumen befinden sich die großen Universitäten und Hochschulen und genau hier sind die Mieten hoch. Hier wollen wir durch die gezielte Förderung von studentischem Wohnraum für Entlastung sorgen.

B90/Grüne: Günstige Mietwohnungen sind in vielen Städten Europas Mangelware. Menschen werden dadurch ihren aus innerstädtischen Quartieren verdrängt. Das gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Miete darf kein Armutsrisiko werden. Hier muss Europa, muss insbesondere die Bundesregierung mehr tun.

Die Regeln zum Wettbewerbsrecht müssen so angepasst werden, dass der Soziale Wohnungsbau von günstigen Mietwohnungen in den Mitgliedsstaaten einfach möglich ist, statt diesen immer weiter einzuschränken. Das kommt Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen, wie zum Beispiel jungen Leuten in der Ausbildung oder



Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

Familien zugute. Die Programme zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus aus den Struktur- und Investitionsfonds der EU wollen wir ausbauen und den Zugang für die Kommunen einfacher gestalten.

Viele Wohnungen werden in europäischen Städten als Ferienwohnungen zweckentfremdet und stehen nicht mehr für das Wohnen zur Verfügung. Vermietungsplattformen für Ferienwohnungen wie Airbnb unterlaufen gesetzliche Regulierungen der Städte und Bundesländer, etwa zum Schutz vor Zweckentfremdung, und berufen sich dabei auf die Regeln des europäischen Binnenmarktes. Es kann nicht sein, dass diese Onlineplattformen die Entscheidungsmacht der Städte und Bundesländer aushebeln, wenn diese versuchen Wohnraum vor Spekulation oder vor der Zweckentfremdung für Ferienwohnungen zu schützen. Die EU-Kommission ist gefordert, sicherzustellen, dass diese Plattformen bei der Regulierung von Ferienwohnungen endlich mitwirken müssen.

Die Energiewende im Gebäudebereich muss sozial ausgestaltet werden, damit Klimaschutz und bezahlbares Wohnen zusammen gehen.

In Deutschland wollen wir das Mietrecht so ändern, dass Mieten bezahlbar bleibt. Dazu wollen wir regionale Mietobergrenzen ermöglichen. Mieten dürfen dort wo Wohnungsnot herrscht, nur noch höchstens 3 Prozent im Jahr steigen, jedoch nicht höher als die ortsübliche Miete. Bei Anmietung darf höchstens eine Miete verlangt werden, die fünf Prozent über der ortsüblichen Miete liegt. Übertretungen sollen sanktioniert werden. Mit dem Förderprogramm des Bundes Neue Wohn-gemeinnützigkeit wollen wir in Deutschland eine Million neue, dauerhaft günstige Mietwohnungen schaffen.

LINKE:

Die Staaten investieren wenig in bezahlbaren Wohnraum – auch getrieben von der Immobilienlobby in ihren Ländern. Die EU verbietet es, Mieten öffentlich zu subventionieren – außer für besondere Bevölkerungsgruppen, die als „bedürftig“ definiert werden. Wir sagen: Bezahlbarer Wohnraum ist ein Bedürfnis für die Mehrheit der Menschen. Wohnen ist ein Menschenrecht. Wir wollen, dass sich der Bestand an öffentlich geförderten Wohnungen am realen Bedarf orientieren muss – und das sind in vielen Städten schon mehr als die Hälfte der Bewohner. Investitionen in den sozialen gemeinnützigen Wohnungsbau: Soziale Wohnungsfonds müssen erhalten werden. Es müssen mehr Wohnungen gebaut und durch die öffentliche Hand aufgekauft werden. Wir wollen Wohnraum Schritt für Schritt dem Markt entziehen. Wir setzen uns dafür ein, europaweit die Enteignung von Wohnungen und den Rückkauf von Wohnungen durch öffentliche sowie gemeinnützige Träger zu



ermöglichen, und gehen dabei voran. Mehr Wohnungen in öffentlicher Hand bedeuten mehr Möglichkeiten, die Mieten niedrig zu halten. Der Spekulation einen Riegel vorschieben: Immobilienfonds wollen wir die Zulassung entziehen. Unternehmen, die mit Wohnraum spekulieren, wird die Börsenzulassung entzogen. Das legt großen Konzernen wie Vonovia und Deutsche Wohnen das Handwerk. Wir wollen sie in öffentliches Eigentum überführen. DIE LINKE ist Teil der Kampagnen „Deutsche Wohnen & Co enteignen“.

Piratenpartei:

Zunächst mehr auch für untere Einkommensgruppen bezahlbaren Wohnraum schaffen. Insbesondere in Ballungsräumen muss einfach mehr gebaut werden und eben nicht nur Luxuswohnungen sondern auch Wohntürme um ausreichend Wohnraum zu schaffen. Spekulation muss so gut wie möglich begrenzt werden. Ausbau von Glasfasernetzen und Einsatz von Smart Citys können dabei helfen, mehr Wohnraum zu erschließen und nutzbar zu machen. Nachzudenken ist über ein europäisch finanziertes Wohnungsbauprogramm, das diese Bedingungen erfüllt.

Vielfach gibt es im Umfeld von Ballungsräumen aber noch vergleichsweise günstigen Wohnraum, der allerdings schlecht an diese angebunden ist. Gut ausgebauter ÖPNV, am besten fahrscheinfrei, und eine ebenso gut ausgebaute sonstige Infrastruktur (schnelles Internet, Nahversorgung, Bildungs-, Kultur- und Sozialeinrichtungen, ärztliche Versorgung) kann diese zur Verfügung stehenden Angebote interessant machen.

ÖDP:

Die Wohnungsnot trifft derzeit nahezu alle gesellschaftlichen Schichten in den unterschiedlichen Lebensabschnitten (junge Menschen, Familien, Senioren). Die Kommunen müssen angehalten werden, dass ausreichend kostengünstige Wohnungen realisiert bzw. vorgehalten werden. Die ÖDP hinterfragt aber nicht nur, wo und wie neuer Wohnraum entstehen kann, sondern auch wie die einzelnen Wohnquartiere aufgewertet werden können. Hierzu ist die Förderung von Eigeninitiative der Bürgerinnen und Bürger ein wichtiges Instrument. Die Kommunen sollten solche Anstrengungen unterstützen und fördern – etwa auch indem Sie eine positive Ausgangslage für Bauherrengemeinschaften schafft und nicht nur Großinvestoren zum Zuge kommen lässt. Durch dieses bürgerschaftliche Engagement entstehen Nachbarschaften, die getragen sind von Verantwortung und Mitbestimmung. Private Investitionen scheitern jedoch häufig an den Grundstückskosten. Wir fordern daher die



Kommunen auf, vermehrt Erbpachtgrundstücke anzubieten, durch die die Kosten für private Bauherren erheblich sinken.

Die ÖDP wendet sich gegen eine weitere Privatisierung des öffentlichen Wohneigentums. Der Verkauf des öffentlichen Wohneigentums an private Investoren und Investorinnen, insbesondere an internationale Fondsgesellschaften, lähmt die wohnungspolitische Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden unmittelbar. Für die Wahrnehmung sozialer Verantwortung ist ein Grundstock öffentlicher Wohnungen eine Voraussetzung. Der Deutsche Mieterbund fordert zudem die Aufnahme eines Verfassungsrechts auf Wohnen in das Grundgesetz und eine Aufnahme des Rechts auf Wohnen in das Europäische Gemeinschaftsrecht. Die ÖDP unterstützt diese Forderung.

SPD:

Grundsätzlich ist der Bereich Wohnraum eine Frage der nationalen Gesetzgebung. Die europäischen sozialen Grundrechte verlangen jedoch, dass sozial schwächeren Menschen der Zugang zu Sozialwohnungen oder qualitativer Wohnungsbeihilfe gewährt wird. Hierfür wollen wir die nationalen Akteure zusammenbringen und einen europäischen Austausch organisieren. Ein soziales Europa muss sich darum kümmern, dass alle Generationen, egal welchen Alters oder Geschlechts, in Würde leben können. Dazu gehört ein Leben ohne Armut und auch der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum.



6. Arbeitsmarkt – Strukturelle Diskriminierung junger Menschen ^[3]

Das Lohn- und Wohlstandsgefälle zwischen Jung und Alt hat sich in den letzten Jahrzehnten stetig erhöht und polarisiert. Gleichzeitig sind junge Menschen von hoher Jugendarbeitslosigkeit, zunehmenden Verschuldungsraten, aber auch Niedriglöhnen oder verwundbaren Beschäftigungsformen wie Leih- und Teilzeitarbeit oder Befristungen betroffen. Junge Beschäftigte haben zudem geringeren rechtlichen Schutz vor Kündigungen. All dies erschwert auch die Zukunftsplanung junger Menschen.

Frage 1:

Welche arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten planen Sie, um die strukturelle Diskriminierung junger Menschen auf dem freien Arbeitsmarkt und im öffentlichen Dienst zu bekämpfen?

Antworten:

CDU/CSU: Junge Menschen in Europa sind mehr als doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit Betroffenen wie Erwachsene – das dürfen wir so nicht hinnehmen. Junge Menschen brauchen eine berufliche Perspektive. Deutschland steht im EU-Vergleich am besten da: Bei uns sind aktuell 4,7 Prozent der jungen Menschen arbeitslos. Wir bekennen uns aber zur Solidarität mit unseren europäischen Nachbarn und sehen uns in der Verantwortung, Impulse zu geben und Prozesse voranzutreiben, die die Beschäftigungslage junger Menschen in Europa verbessern. Arbeitslosenquoten von jungen Leuten von über 40 Prozent, wie in einigen süd-europäischen Krisenländern, sind besorgniserregend. In erster Linie sind die Mitgliedstaaten zwar selbst in der Pflicht, durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und Strukturreformen ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und Arbeitsplätze zu schaffen. Diese Reformen brauchen Zeit. Dies gilt in besonderer Weise für den Aufbau eines dualen Ausbildungssystems, das in einigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union einschließlich Deutschland dazu beigetragen hat, die Jugendarbeitslosigkeit niedrig zu halten. Die Einführung der dualen Ausbildung hatte in Spanien nachhaltigen Erfolg. Die unionsgeführte Bundesregierung kann diesen Neustrukturierungsprozess mit ihren Erfahrungen in vielfältiger Weise unterstützen.

FDP: Während in Deutschland der Wettbewerb um die Auszubildenden in vollem Gange ist, haben junge Menschen in anderen Teilen Europas keine berufliche Perspektive. Dies gefährdet das Aufstiegsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft und damit die Legitimität und Akzeptanz unserer gemeinsamen Wirtschaftsordnung in Europa. Wir brauchen



einen leichten Einstieg für junge Menschen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und die Förderung grenzüberschreitender Mobilität. Die Übertragung funktionierender Modelle auf andere Mitgliedstaaten sollte durch den Europäischen Qualifikationsrahmen erleichtert werden. Zudem gilt es, das duale Ausbildungssystem keinesfalls gegenüber einer akademischen Ausbildung abzuwerten. Schließlich sollten in Mitgliedstaaten effektive Systeme aufgebaut werden, die jungen Menschen in kurzer Frist entweder ein Jobangebot oder eine arbeitsmarktorientierte Weiterbildungsmaßnahme vermitteln oder diesen fördern („Jugendgarantie“) – wie sie in Deutschland im Rahmen des SGB II und III schon bestehen.

Europaweit soll das unternehmerische Konzept des ganzheitlichen Diversity Managements in der Arbeitswelt umgesetzt werden, um eine Kultur der Wertschätzung und des Respekts vor der Unterschiedlichkeit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu schaffen. Dialoge zwischen Unternehmen, Verbänden und Gewerkschaften über Best Practices sollen dabei helfen, in Unternehmen und auch im öffentlichen Dienst der EU diesen Ansatz als Teil einer ökonomischen Modernisierungsstrategie zu verankern.

Wir wollen zudem die Chancen für Freiheit und Selbstbestimmung durch einen modernen Arbeitsmarkt nutzen. Die vielfältigen Lebensentwürfe wollen wir unterstützen und Hemmnisse aus dem Weg räumen. So setzen wir uns zum Beispiel in Deutschland für ein modernes und flexibleres Arbeitszeitrecht sowie ein Recht auf Home-office und mobiles Arbeiten nach niederländischem Vorbild ein, sofern Betriebsgröße oder betriebliche Belange – nach Prüfung durch den Arbeitgeber – dem nicht entgegenstehen.

FREIE WÄHLER: Die sehr hohe und anhaltende Jugendarbeitslosigkeit in vielen südeuropäischen Staaten zerstört ihre Perspektiven. Hier muss die Europäische Union, zum Beispiel mit einer verstärkten Struktur- und Investitionspolitik in Bereichen wie der Digitalisierung, engagierter entgegenwirken. Bildungsangebote müssen konsequent ausgebaut werden.

B90/Grüne: Nach wie vor ist das Leben einer ganzen Generation junger Menschen von prekärer Beschäftigung, unbezahlten Praktika, Arbeits- und Perspektivlosigkeit geprägt. Wir wollen die Ausbeutung junger Menschen beenden und ihnen soziale Sicherheit bieten. Deshalb setzen wir uns für faire Löhne und Arbeitsbedingungen ein und fordern, dass Praktika verpflichtend entlohnt werden.



LINKE:

Gute Ausbildung: Jedes Jahr werden etwa 80 000 junge Menschen in Deutschland bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz verfrachtet. Sie finden keinen Ausbildungsplatz mit Perspektive oder hängen in endlosen Warteschleifen fest. DIE LINKE setzt sich für ein Recht auf eine gebührenfreie und vollqualifizierende Ausbildung für alle ein. Anonymisierte Bewerbungsverfahren sollen sicherstellen, dass alle die gleichen Chancen auf eine Ausbildung haben.

Wir wollen eine solidarische Umlagefinanzierung, die alle Betriebe in die Pflicht nimmt, damit ausreichend duale und qualitativ hochwertige Ausbildungsplätze geschaffen werden.

Auszubildende brauchen eine Ausbildungsvergütung, die zum Leben unabhängig von den Eltern reicht. Darum fordern wir eine gesetzlich geregelte Mindestausbildungsvergütung vergleichbar dem gesetzlichen Mindestlohn. Wir unterstützen die Gewerkschaften und Gewerkschaftsjugendlichen bei ihrem Kampf um bessere tarifvertragliche Lösungen. Die Ausbildung in den Berufen, die nicht dual geregelt sind, muss besser finanziert werden.

Gute Arbeit: Wir wollen ein neues Normalarbeitsverhältnis in der EU durchsetzen. Arbeit muss für alle Beschäftigten sicher und unbefristet, tariflich bezahlt, sozial abgesichert und demokratisch mitgestaltet sein. Das gilt, egal ob die Arbeit mit Laptop oder Wischmopp, im Pflegekittel oder Blaumann geleistet wird. Niemand darf dazu gezwungen werden, die eigene Heimat zu verlassen, weil er oder sie keine Arbeit findet oder der Lohn nicht zum Leben reicht. Alle erhalten gleiche Rechte.

Wir wollen prekäre Arbeit bekämpfen. Wenn ein Mitgliedstaat einen zu hohen Anteil an Beschäftigten in unfreiwilliger Teilzeit, Leiharbeit, sachgrundloser Befristung oder im Niedriglohn hat, wird er verpflichtet, Regulierungen einzuziehen und gute Arbeit zu fördern.

Piratenpartei:

Die strukturelle Diskriminierung junger Menschen entstammt Zeiten, in denen es sehr viel mehr junge als alte Menschen gab. Wir PIRATEN halten dieses Konzept für nicht mehr zeitgemäß. Wir sind davon überzeugt, dass individuelle Förderung sowie Vertrauen in junge Menschen der bessere Weg sind. Leih- und Kurzarbeit wollen wir begrenzen und gleich im Zweifel sogar besser bezahlen als reguläre Beschäftigung, um ihren Einsatz auf die Fälle zu begrenzen, wo es wirklich notwendig ist. Außerdem setzen wir uns für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens ein. Insbesondere durch den Wegfall von Sanktionen bei Nichtannahme oder Kündigung eines Arbeitsverhältnisses möchten wir die Verhandlungsposition von Arbeitnehmern verbessern.



ÖDP: Die ÖDP hat zu diesem Themenfeld bisher nur wenige inhaltliche Aussagen z.B. im Bundespolitischen Programm formuliert. Wir können aber die Analyse und Forderungen, die u.a. in Ihrem Positionspapier „Die Lage der jungen Generation auf dem Arbeitsmarkt“ in weiten Teilen unterstützen. Es darf keine strukturelle Diskriminierung junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt geben.

SPD: Wir wollen jungen Menschen ein wichtiges Signal geben, um das Vertrauen in ihr Europa zu stärken. Dafür starten wir einen europäischen Jugendplan: Es geht um die Jugendgarantie für berufliche Zukunftschancen. Dabei steht die Bekämpfung der viel zu hohen Jugendarbeitslosigkeit im Zentrum unserer Bemühungen.

Die SPD steht für eine aktive Arbeitsmarktpolitik - auch auf EU-Ebene. Mit der seit 2013 bestehenden Jugendbeschäftigungsinitiative verpflichten sich alle EU-Mitgliedsländer dazu, jungen Menschen unter 25 Jahren innerhalb der ersten 6 Monate nach Abschluss der letzten Ausbildung oder Tätigkeit ein neues Angebot zum Einstieg in den Arbeitsmarkt anzubieten. Junge Menschen benötigen gezielte und individuell angepasste Förder- und Weiterbildungsprogramme. Daher ist der Ansatz richtig, mit europäischer Unterstützung regionale Netzwerke für duale Ausbildungssysteme in EU-Ländern aufzubauen, wo diese bisher noch nicht existieren. Die dafür bereitgestellten Mittel sollten im Europäischen Sozialfonds Plus aufgestockt werden, um damit eine langfristige Projektplanung zu ermöglichen.

Frage 2:

Wie wird Ihre Partei dafür sorgen, dass die Quantität und Qualität von Arbeitsplätzen für junge Menschen erhöht werden?

Antworten:

CDU/CSU: Unser Ziel ist, dass in den kommenden Jahren und in der gesamten EU fünf Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Alle Europäer verdienen eine Chance, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten, besonders auch unsere Jugend. Nur mit neuen Zukunftsjobs in ganz Europa können wir die Abwanderung von Fachkräften stoppen und Menschen eine Perspektive geben. Deshalb investieren wir in das große europäische Jobpotenzial, indem wir vier Säulen stärken: Innovation, Infrastruktur, Handel und unsere soziale Marktwirtschaft.



Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

Wir wollen ein Europa, in dem Arbeitnehmer europaweit gerechte, lebenswerte und gesundheitsschonende Arbeitsbedingungen vorfinden. Wir treten für Mindeststandards beim Arbeitsschutz in ganz Europa ein, die auch den Erfordernissen der digitalen Arbeitswelt entsprechen. Wir wollen die Potenziale der Digitalisierung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nutzen. Die Arbeit soll zu den Menschen kommen, nicht umgekehrt. Dafür ebnen wir den Weg für einen flexiblen Arbeitsort, flexible Arbeitszeiten und flexible Arbeitsstrukturen. Die Menschen profitieren von mehr geeigneten Homeoffice-Arbeitsplätzen. Diese Aufgabe müssen die Tarifpartner verstärkt aufgreifen. Insgesamt wollen wir eine neue Kultur der Partnerschaft für die Arbeitszeitregelungen zwischen Beschäftigten und Betrieb mit praxisgerechten Lösungen für alle. Zudem sollen Arbeitnehmer überall in der Europäischen Union zu fairen Bedingungen arbeiten können. Deshalb gehen wir gegen europäisches Lohndumping vor. Dazu nutzen wir auch die geplante Europäische Arbeitsagentur. Wir wollen keinen Wettbewerb um die niedrigsten Löhne. Alle Bürger sollen existenzsichernde Einkommen erzielen können. Für uns gilt: Wer hart arbeitet, muss ordentlich bezahlt werden.

FDP:

Wir brauchen einen leichten Einstieg für junge Menschen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und die Förderung grenzüberschreitender Mobilität. Wir wollen deshalb einen gemeinsamen Berufsausbildungs- markt etablieren. Ein erster Schritt dazu ist, dass nationale Arbeits- agenturen miteinander statt isoliert arbeiten, besonders im Bereich des Berufseinstiegs. Dabei sollen auch die Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern eingebunden werden. Die Übertragung funktionierender Modelle auf andere Mitgliedstaaten sollte durch den Europäischen Qualifikationsrahmen erleichtert werden. Zudem gilt es, das duale Ausbildungssystem keinesfalls gegenüber einer akademischen Ausbildung abzuwerten. Schließlich sollten in Mitgliedstaaten effektive Systeme aufgebaut werden, die jungen Menschen in kurzer Frist entweder ein Jobangebot oder eine arbeitsmarktorientierte Weiterbildungs- maßnahme vermitteln oder diesen fördern („Jugendgarantie“) – wie sie in Deutschland im Rahmen des SGB II und III schon bestehen. Wir wollen eine Europäische Ausbildungsagentur (EAA) gründen, welche freie Aus- bildungsplätze in anderen EU-Mitgliedstaaten vermittelt. Junge Men- schen, die auf Vermittlung der EAA im Ausland ein Ausbildungsplatz- angebot erhalten haben, dieses aber aufgrund von Sprachbarrieren nicht annehmen können, sollen von ihr außerdem Sprachprogramme vermittelt bekommen.



- FREIE WÄHLER:** Die Chancen auf Arbeit sind für Jugendliche in Europa höchst unterschiedlich. Während wir in Deutschland nahezu Vollbeschäftigung haben, wächst in anderen Ländern eine ganze junge Generation ohne die Perspektive auf ein sicheres und auskömmliches Einkommen heran. Wir wollen Jugendliche nicht im Stich lassen. Wir werben für das bei uns bewährte und krisenfeste duale Ausbildungssystem in anderen EU-Mitgliedstaaten und wollen auch die Mobilität junger Menschen in Europa verbessern. Wir in Deutschland leiden in vielen Branchen unter einem hohen Fachkräftemangel und können dieses Potential für uns nutzen.
- B90/Grüne:** Mit der Jugendgarantie wurde das Instrument geschaffen, um junge Menschen überall in der Europäischen Union innerhalb von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder ihre Ausbildung abgeschlossen haben, ein qualitativ hochwertiges Angebot für einen Arbeitsplatz, eine Fortbildung, einen Ausbildungsplatz oder ein Praktikum zu unterbreiten. Für uns liegt dabei die Betonung auf Qualität, denn es darf nicht dazu kommen, dass junge Menschen einfach nur in irgendwelchen Maßnahmen geparkt werden, um die Arbeitslosenstatistiken zu beschönigen. Deshalb fordern wir klare Qualitätsstandards in Bezug auf Arbeitsbedingungen, Bezahlung und Befristungen.
- LINKE:** Die EU hat in der Bewältigung der Krise versagt. Alle Parteien sprechen davon, wie sie Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen wollen, aber die „Jugendgarantie“ der EU ist wirkungslos: Sie ist kraftlos und zu niedrig geplant. Wir wollen eine Offensive gegen Jugendarbeitslosigkeit. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Süd- und Osteuropa und befristete Jobs auch hierzulande verhindern, dass sich junge Menschen eine Zukunft aufbauen können. Wir wollen, dass die Jugend in Europa eine Zukunft hat. Wir wollen eine Offensive gegen Jugendarbeitslosigkeit. Für viele stellen prekäre Arbeitsbedingungen und schlechte Löhne den „normalen“ Einstieg in die Berufstätigkeit dar. Unsere Normalität sieht anders aus! Wir wollen gute Arbeit für junge Menschen, mit der sie ihre Zukunft planen können. Daher fordert DIE LINKE ein öffentliches europäisches Investitionsprogramm, das vor allem auf Entwicklung im Bereich öffentlicher und sozialer Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheitsversorgung und Pflege, Verkehr und Wohnen sowie auf einen sozialökologischen Umbau der Wirtschaft setzt. Zur Finanzierung wollen wir in allen EU-Staaten



eine einmalige Vermögensabgabe auf Vermögen über einer Million Euro erheben.

- Die Mittel für die Jugendgarantie müssen erhöht werden.
- Wir wollen in Bildung und Weiterbildung investieren, sozial und ökologisch sinnvolle Innovationen fördern und öffentliche Beschäftigung stärken.
- Ab fünf Prozent Erwerbslosenquote werden Mitgliedstaaten verpflichtet, ein öffentliches Beschäftigungsprogramm und Schritte für Arbeitszeitverkürzung einzuleiten.
- Mit Arbeitszeiten rund um die 30-Stunden-Woche kann Erwerbslosigkeit überwunden werden. Reichtum und Zeit werden gerecht verteilt: eine sozial und ökologisch sinnvolle Perspektive für ein besseres Leben.

Piratenpartei:

Bildung ist auch hier die Antwort, durch bessere Qualifikation junger Menschen werden sie auch gefragter auf dem Arbeitsmarkt. Wir PIRATEN setzen uns für kleine Klassen sowie individuell angepasste Lernkonzepte ein. Junge Menschen, die mit einer guten Ausbildung an den Arbeitsmarkt kommen, haben tendenziell bessere Chancen. Wir wollen allen jungen Menschen diese Möglichkeiten eröffnen, egal ob ihre Eltern arm oder reich sind. Durch Ausbau der Glasfasernetze und Förderung sowie Steuerbefreiung von Neugründungen wird ein zusätzlicher Beschäftigungseffekt ermöglicht. Ein Grundeinkommen fördert Selbständigkeit und bietet Chancen, sich und seine Ideen auszuprobieren.

ÖDP:

Wir brauchen z.B. mehr Arbeitsplätze im handwerklichen Bereich sowie für Reparaturen. Dies wollen wir u.a. dadurch erreichen, dass die Wirtschaft verpflichtet wird langlebige Produkte zu produzieren, die man auch reparieren kann. Dies ist nachhaltig und schafft sinnvolle Arbeits- und Ausbildungsplätze.

SPD:

Die SPD steht wie keine andere Partei für die Stärkung der Tarifpartnerschaft. Die vor Ort handelnden Akteure auf Seiten der Arbeitnehmer und auf Seiten der Arbeitgeber sind am besten in der Lage, für faire und gerechte Arbeitsbedingungen zu sorgen und gleichzeitig in die Innovationskraft und Weiterbildung der Beschäftigten zu investieren. Bei öffentlichen Vergaben plädieren wir deshalb für eine Tariftreue-Regelung, das heißt öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die die Tarifverträge einhalten.



Zur allgemeinen Sicherung von Quantität und Qualität bedarf es auch europaweiter Mindeststandards, die nicht unterschritten werden dürfen. Eine europäische Mindestlohnregelung, sichert die in Deutschland erreichten Standards ab und sorgt gleichzeitig für mehr sozial- und lohnpolitische Konvergenz in Europa. Der Mindestlohn soll in jedem Mitgliedsland auf der Höhe der dort geltenden Armutsschwelle (60 Prozent des mittleren Einkommens) festgesetzt werden. Weiterhin müssen die Mindeststandards beim Sozialschutz gestärkt werden.

Frage 3:

Welche arbeits- und sozialpolitischen Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Digitalisierung des Arbeitsmarktes positiv zu gestalten? Wie können potenziell negative soziale Folgen abgefedert, und gleichzeitig Produktivitäts- und Effizienzpotenziale ausgeschöpft werden?

Antworten:

CDU/CSU:

Die digitale Arbeitswelt stellt Arbeitnehmer und Arbeitgeber immer wieder vor neue Anforderungen. Immer mehr Arbeit wird mobiler und flexibler. Dabei unterscheiden sich Anforderungen, Möglichkeiten und Wünsche nach Flexibilisierung in Abhängigkeit von Branche und Tätigkeit stark. Aus diesem Grund vertrauen CDU und CSU auch in Zukunft auf die Sozialpartnerschaft und das Subsidiaritätsprinzip. Deshalb haben für uns Lösungen auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene Vorrang vor gesetzlicher Regulierung. Wir wollen den Sozialpartnern mehr Spielraum in der Gestaltung von Arbeitsregelungen lassen.

Mit der Einrichtung eines digitalen Übergangsfonds stehen wir unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im digitalen Wandel zur Seite. Wir stellen sicher, dass niemand zurückbleibt, wenn die Digitalisierung unseren Arbeitsmarkt radikal verändert.

Wir wollen eine faire Besteuerung der digitalen Wirtschaft. Alle Unternehmen sollen Steuern zahlen. Dabei setzen wir uns in der EU und international weiterhin für abgestimmte Lösungen auf Basis einer virtuellen Betriebsstätte ein.

FDP:

Wir Freie Demokraten wollen, dass niemand in der digitalen Entwicklung abgehängt wird. Deshalb unterstützen wir die Einrichtung von digitalen Bildungsplattformen, zu der alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von ihrem formellen Bildungsgrad, Zugang bekommen sollen. Die Digitalisierung ist eine historische Chance, Wissen und Bildung weit über



Klassenräume und Lehrsäle hinaus zugänglich zu machen. Nach dem Vorbild der „Open University“ sollten digitale Bildungsplattformen in allen Sprachen der Europäischen Union ihre Bildungsinhalte in Form von „Massive Open Online Courses“ (MOOCs) über das Netz zur Verfügung stellen. Ziel der europäischen Förderung von Bildungsplattformen muss dabei auch sein, ihren Nutzern europabezogene Inhalte zu vermitteln. Festzulegen, welche Inhalte dies sind, ist aber nicht Aufgabe der Politik und staatlicher Bürokratie. Vielmehr sollen diese durch Kooperation von akademischer Lehre und Wirtschaft festgelegt und generiert werden. Ein standardisiertes Bewertungs- und Zertifizierungssystem soll die Anerkennung dieser Bildung durch Arbeitgeber ermöglichen. Des Weiteren sollen qualifizierte, online erarbeitete Kurse auf einen universitären Bildungsabschluss anrechenbar sein. Wir setzen uns, insbesondere auch für die Weiterbildung, für eine europäische Online-Akademie ein. Hier sollen Europäerinnen und Europäer jeden Alters kostenlos die notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten online erwerben können, um sich fit für die digitale Arbeitswelt zu machen und Kommunikation und Teilhabe bis ins hohe Alter zu ermöglichen.

Wir sehen in der Digitalisierung auch große Chancen für mehr Selbstbestimmung und wollen daher einen flexiblen Rechtsrahmen für das New-Work-Zeitalter schaffen.

FREIE WÄHLER: Die sozialen Rechte müssen mit technologischen Entwicklungen Schritt halten. Wir FREIE WÄHLER wollen bestehende Rechtsvorschriften stets überprüfen und modernisieren, falls neue technologische Entwicklungen wie etwa im Bereich der Digitalisierung dies erfordern. Arbeit 4.0 darf nicht zum Nachteil von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern werden.

B90/Grüne: Wir GRÜNE sehen die Notwendigkeit die Digitalisierung demokratisch, ökologisch, sozial und feministisch zu gestalten. Der digitale Wandel kann uns helfen effizienter, familienfreundlicher und ökologischer zu arbeiten. Dazu bedarf es einer Digitalisierungsstrategie, die von den Menschenrechten geleitet ist und den Prinzipien der Offenheit und Nachhaltigkeit folgt.

Konkret setzen wir uns dafür ein, dass die Vorteile der digitalisierten Arbeitswelt, durch die Arbeitnehmer*innen leichter genutzt werden können und sich dadurch keine Nachteile zu klassischen Arbeitsweisen ergeben. Daher müssen gesetzliche und tarifliche Einigungen gefunden werden, die unfreiwillige Mehrarbeit, dauernde Verfügbarkeit, Arbeitsverdichtung und ständige digitale Leistungskontrolle unterbinden.



Wir sehen eine am gemeinwohlorientierte Digitalisierung als Chance für neue menschliche Entfaltungsräume. Dazu müssen die durch die Digitalisierung ermöglichten Profite und Zeitkontingenten gerecht verteilt werden und dürfen nicht ausschließlich dem Nutzen Einzelner zu Gute kommen. Wir müssen daher neue Sozialabgaben- und Besteuerungsmodelle für Wertschöpfung durch Maschinen und Algorithmen entwickeln. Um möglicher Existenzvernichtung zuvorzukommen und den von Rationalisierung betroffenen Menschen eine Perspektive zu bieten, wollen wir GRÜNE die europäischen Aus- und Weiterbildungsprogramme stärken und das Recht auf Weiterbildung europäisch verankern.

Ein weiterer Eckpfeiler der grünen Strategie zur Digitalisierung des Arbeitsmarktes ist die Modernisierung des Wettbewerbs- und Kartellrechts. Nur ein rechtlicher Rahmen der an die Strukturen der digitalen Welt angepasst ist, kann einen fairen Wettbewerb bewahren und Monopole verhindern. Dieser rechtliche Rahmen ist für uns GRÜNE ein Garant dafür, dass Arbeits- und Sozialstandards nicht von den Unternehmen unterlaufen werden können.

LINKE:

Digitalisierung nicht auf dem Rücken der Beschäftigten: Wir brauchen Regulierung von Plattformarbeit, die der digitalen Prekarität etwas entgegensetzt. Wir stehen an der Seite der Beschäftigten von Deliveroo und anderen Lieferdiensten, die an verschiedenen Orten in Europa um gute Löhne, Arbeitsverträge, Gesundheitsschutz und gewerkschaftliche Vertretung kämpfen. Die Definition von „Arbeitnehmer*in“ und „Betrieb“ muss in Zeiten des digitalen Kapitalismus angepasst und europaweit einheitlich gefasst werden. Für Plattformen, Arbeit in der Cloud oder Crowd und für alle anderen neuen Formen von Betrieben müssen die gleichen Arbeitsstandards und Schutzrechte wie in herkömmlichen Betrieben gelten. Dazu muss ein EU-Rahmen zum Thema Crowdworking geschaffen werden, damit Mindestlöhne, Arbeitszeitregulierung, Sozialversicherung, Rentenversicherung, Besteuerung etc. weder ausgehöhlt noch umgangen werden können.

Piratenpartei:

Die Digitalisierung ermöglicht durch Automatisierung, BigData und andere Konzepte ganze neue Arten des Wirtschaftens. Das schafft auf der einen Seite unglaublichen Reichtum, macht aber auf der anderen die Arbeitskraft von vielen Menschen obsolet. Wir Piraten sehen ein Grundeinkommen als einen wichtigen Baustein für eine Lösung. Ein Grundeinkommen ermöglicht das Leben in gesicherten Verhältnissen und bietet gleichzeitig Freiraum, sich anderen Berufsfeldern zu öffnen. Kon-



zepte wie das Grundeinkommen schaffen die nötige Flexibilität, die der Arbeitsmarkt von heute einfordert.

ÖDP:

Ausgehend von den Menschenrechten auf Arbeit, freie Berufswahl, soziale Sicherheit, Wohlfahrt, Bildung, Teilhabe am kulturellen Leben sowie auf Erholung und Freizeit fordern wir für alle Menschen, die nicht erwerbstätig sein können, ein ausreichendes Grundeinkommen. Globalisierung, Digitalisierung und Beschleunigung der Arbeitsprozesse führen zu immer größeren Belastungen aller Menschen.

Wir brauchen vordringlich für Personen, die über kein eigenes Einkommen verfügen können, ein ausreichendes Grundeinkommen. Dazu zählen für uns u.a. Kinder, Rentnerinnen / Rentner und Erwerbsunfähige. Solange das Erziehungs- und Pflegegehalt nicht verwirklicht ist, gehören auch Erziehende und Pflegende dazu.

SPD:

Um die Digitalisierung erfolgreich und zum Nutzen der Menschen zu gestalten, braucht es klare Regeln zum Schutz der ArbeitnehmerInnen. Gerade die Arbeitszeit darf uns in Zeiten digitaler Vernetzung und ständiger Erreichbarkeit nicht entgleisen und braucht eine klare Regulierung. Jeder und jedem muss das Recht auf Nichterreichbarkeit und das Recht auf Freizeit zustehen. Der Achtsturentag steht dabei für uns nicht zur Disposition.

Hinter vielen Crowdfunding-Plattformen verbirgt sich ein wachsendes Heer an Solo- und Scheinselbstständigen. Sie konkurrieren um unsere Aufträge, sollen immer schneller und billiger sein als alle anderen. Um ein neues Prekariat zu verhindern, muss der Grundsatz gelten: Unser Arbeits- und Sozialrecht gilt für alle – online und offline. Mit einer EU-Richtlinie für faire Plattformarbeit will die SPD die Rechte von Beschäftigten stärken und ihnen Schutz bieten. Nötig sind verbindliche Mindeststandards für die Vergütung, und für den Arbeits- und Gesundheitsschutz. Auch die geltenden Mitbestimmungsregeln müssen eingehalten werden. Plattformen, die sich nicht daran halten, müssen sanktioniert werden.

Bei der Datenschutzgrundverordnung hat die Europäische Union gezeigt, dass sie international Regeln setzen kann. Nun müssen wir die Regeln für Plattformarbeit setzen. Unser soziales Europa stärkt nicht nur die digitale Wirtschaft, sondern schützt auch ihre Beschäftigten.



7. Digitalisierung

Von der Digitalisierung sind alle Menschen betroffen, aber die heute Jungen werden intensiver und länger mit dieser neuen Lebensrealität zu tun haben. Junge Menschen sind tendenziell versierter im Umgang mit digitalen Anwendungen, aber auch verletzlich z.B. in Bezug auf digitale Rechte.

Frage 1:

Wie setzt sich Ihre Partei dafür ein, die digitalen Rechte, Privatsphäre und Daten von Konsument*innen von jungem Alter an zu schützen sowie sie für Risiken und Gefahren zu sensibilisieren?

Antworten:

CDU/CSU: CDU und CSU sind der Auffassung, dass die positive Gestaltung von Digitalisierung von uns allen abhängt. Für uns spielt das Thema „Digitale Bildung“ eine wichtige Rolle. Nur wenn die Technologie verstanden wird, die Nutzer die Begrifflichkeiten kennen und mit Daten umgehen können, wird es gelingen, diesen Prozess positiv und eigenverantwortlich zu gestalten. Ein wichtiger Punkt für die Wahrung digitaler Rechte, Privatsphäre und die positive Gestaltung von Digitalisierung ist das Thema Datenschutz.

FDP: Wir Freie Demokraten stehen für die Chancen der Digitalisierung. Ein Europa der Innovation kann für uns weltweit zum Vorreiter für Cyber- und Datensicherheit werden. Wir sehen einen funktionierenden Datenschutz, die Datensouveränität und informationelle Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger als Grundlage für eine faire und funktionierende Datenökonomie. 2018 ist die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Kraft getreten und hat ein gemeinsames europäisches Datenschutzrecht für den Europäischen Binnenmarkt geschaffen. Europa nimmt somit beim Datenschutz bereits eine Vorreiterrolle ein und setzt weltweit Standards. Dies begrüßen wir Freie Demokraten ausdrücklich.

Wir sind außerdem gegen die zunehmende Überwachung von Bürgerinnen und Bürgern und die Einschränkung ihrer Freiheitsrechte im digitalen Raum, wie zum Beispiel beim Einsatz von Upload-Filtern, bei der Vorratsdatenspeicherung oder dem Einsatz von Staatstrojanern. Die Wahrung und der Schutz von Bürgerrechten, insbesondere der Meinungsfreiheit und des Schutzes privater Daten, ist für uns Aufgabe und Ziel staatlichen Handelns. Deshalb sollen Nutzerinnen und Nutzer dafür



sensibilisiert und dazu befähigt werden, sicher zu kommunizieren. Hierfür darf insbesondere die Verwendung verschlüsselter Kommunikation nicht eingeschränkt, sondern muss im Gegenteil gefördert werden. Wir Freie Demokraten setzen uns für ein wirksames Recht auf Verschlüsselung ein. In Deutschland haben wir mit der Stiftung Datenschutz außerdem eine sehr gute Institution, die sich für die digitalen Bürgerrechte der Nutzerinnen und Nutzer aus einer datenschutzrechtlichen Perspektive einsetzt. Wir Freie Demokraten fordern, dass die Stiftung Datenschutz besser und nachhaltig finanziell ausgestattet wird, damit sie insbesondere ihrem Bildungsauftrag nachkommen kann.

FREIE WÄHLER: Wir FREIE WÄHLER setzen uns für einen sicheren Datenaustausch mit anderen Wirtschaftsräumen ein. Er ist Voraussetzung für einen Erfolg der deutschen und europäischen Digitalwirtschaft. Deshalb wollen wir nicht nur das „Privacy-Shield“ mit den USA neu verhandeln, sondern auch mit anderen Ländern und Weltregionen effektive Abkommen für den Schutz des Datenaustauschs auf unserem hohen europäischen Niveau abschließen.

Die Daten von Kindern und Jugendlichen müssen in diesen Zusammenhang besonders geschützt werden. Hierzu setzen wir neben einer Förderung der Medienkompetenz auch auf einen wirksamen Jugendmedienschutz, damit unsere Kinder und Jugendlichen vor gefährdenden Inhalten geschützt werden.

B90/Grüne: Für uns bildet der Schutz der Daten und der Privatsphäre, insbesondere der jüngeren Menschen, ein Hauptthema der Digitalisierung. Der Schutz der Privatsphäre und der eigenen Daten muss auf einem starken Datenschutzrecht aufbauen und dem Prinzip der „Privacy by Design / Privacy by Default“ folgen.

Den Grundstein für den europäischen Datenschutz haben wir als GRÜNE im Rahmen der Datenschutzgrundverordnung hart erkämpft. Die Datenschutzgrundverordnung gilt heute weltweit als Standard für den Schutz personenbezogener Daten. Zur Vollendung des Datenschutzpakets streben wir nun den Abschluss der Verhandlungen über die E-Privacy-Richtlinie, die einen höchstmöglichen Schutz der Privatsphäre garantieren soll und eine Reform der e-Commerce-Richtlinie an.

Aufbauend auf einem starken Datenschutzrecht wollen wir Schüler*innen in Sachen IT auf höchstem Niveau ausbilden. Dazu gehören neben dem Erwerb von Kompetenzen in der Nutzung von digitalen Medien auch Schulung im Bereich Digitalisierung und Medienkompetenzen. Dabei spielt die Weiterbildung des pädagogischen Personals



eine entscheidende Rolle. Die Lehrer*innen sind der Kern einer Gesamtstrategie, welche durch Medienzentren vor Ort unterstützt werden soll.

- LINKE:** Das „privacy shield“ erlaubt es US-amerikanischen Firmen wie Facebook oder Amazon, persönliche Daten aus Europa in die USA zu übertragen, wo kein nennenswerter Datenschutz besteht. Wir brauchen einen starken europäischen Datenschutz. Die Datenschutzgrundverordnung leistet dies nur sehr begrenzt. Sie will die Grundlagen für einen europäischen Datenbinnenmarkt legen. Verstöße gegen den Datenschutz wollen wir schärfer bestrafen und Datenschutzbeauftragte stärken.
- Piratenpartei:** Der freie Fluss von Wissen und Information ist für uns PIRATEN essentiell und muss gerade im Bildungsbereich gefördert und gewährleistet werden. Der technische Fortschritt schafft neue Möglichkeiten, Wissen und Lernkonzepte international auszutauschen und gemeinsam weiterzuentwickeln. Um diese Möglichkeiten verstärkt zu nutzen, unterstützen wir freie und offene Lehr- und Lernmaterialien (OER).
- ÖDP:** Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist als Grundrecht in das Grundgesetz aufzunehmen. Bereits im schulischen Pflichtunterricht müssen wesentliche Kenntnisse zu digitalen Rechten und Pflichten sowie dem Schutz der eigenen Person im Netz vermittelt werden. Hierzu zählen auch gängige Verschlüsselungsverfahren. Verstöße gegen Datenschutz und Datenmissbrauch sind noch schärfer zu ahnden. Des Weiteren unterstützt die ÖDP Bestrebungen, großen Digital-Konzernen die Zusammenführung von Daten aus verschiedenen Plattformen, Apps und Analyse-Tools zu untersagen.
- SPD:** Für die SPD darf der Schutz von Grundrechten online nicht vom Alter, Geldbeutel, formalem Bildungsstand oder technischem Sachverstand des Einzelnen abhängen. Jede*r hat das Recht, sich online sicher und frei zu bewegen. Eine wichtige Voraussetzung hierfür haben die Sozialdemokratinnen und -demokraten in der vergangenen Legislaturperiode mit der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) geschaffen. Die DSGVO ist ein Meilenstein für das EU-Grundrecht auf Datenschutz und setzt weltweit Standards für einen verbraucherfokussierten Datenschutz. Gerade für den Schutz von Kindern ist die DSGVO wichtig, da sie festhält, dass die personenbezogenen Daten von Kindern besonderen Schutz verdienen, etwa bei der Nutzung für Werbezwecke. Informationen an Kinder sollten zudem in besonders einfach verständlicher Spra-



che erfolgen und es gelten besondere Bedingungen für die Einwilligung eines Kindes in eine Datenverarbeitung. Aber auch junge Menschen, die keine Kindern mehr sind, profitieren von der DSGVO: Klarere Informationen, strengere Vorgaben zur Einwilligung, die junge Menschen davor schützen, dass ihnen eine Zustimmung zu einer Datenverarbeitung im Kleingedruckten der AGBs „abgeluchst“ wird, Datenschutz durch Technikgestaltung und das „Recht auf vergessen werden“ sind hier nur einige Beispiele. Aber das reicht uns Sozialdemokratinnen und -demokraten noch nicht: Wer im Internet unterwegs ist, soll besser vor unerwünschter Werbung und Nachspionieren („tracking“) geschützt werden.

Außerdem wollen wir die Vertraulichkeit von Online-Kommunikation, also der Frage, wer etwa eine Whatsapp-Nachricht mitlesen darf, besser schützen. Deswegen kämpfen wir für eine EU-weit gültige ePrivacy-Verordnung zum Schutz des digitalen Briefgeheimnisses und vor unerwünschtem Tracking. Hier blockiert auf EU-Ebene nicht zuletzt das deutsche CDU-Wirtschaftsministerium. Gute Gesetze bedeuten natürlich nicht, dass nicht auch jede*r Einzelne sich im Netz besser schützen kann. Deswegen ist es uns besonders wichtig, junge Menschen für den Umgang mit personenbezogenen Daten zu sensibilisieren.

Um allen Menschen optimale Entfaltungsmöglichkeiten im Digitalen zu ermöglichen setzen wir uns weiter für die gesetzliche und möglichst lückenlose Absicherung der Netzneutralität ein. Zudem unterstützen wir die Initiative für eine Charta der Digitalen Grundrechte der Europäischen Union. Wir engagieren uns für eine noch umfassendere, systematischere und generationenübergreifende Vermittlung von Medien- und Digitalkompetenzen um allen gesellschaftliche Teilhabe an und souveränen Umgang mit digitaler Kommunikation zu ermöglichen. Wir sind überzeugt, dass die Vermittlung dieser Kompetenzen am ehesten dazu beiträgt, für Risiken und Gefahren zu sensibilisieren. Ohne Frage ist es Aufgabe des Staates mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, vor allem mit Gesetzgebung, so gut wie möglich vor Gefahren im Internet zu schützen, sei es vor Hassrede, anderen illegalen Inhalten oder gezielten Falschinformationen. Gleichzeitig müssen solche Vorhaben stets so ausgestaltet werden, dass sie auch im Digitalen die Freiheitsrechte, sei es beispielsweise Meinungsfreiheit oder der Schutz der privaten Kommunikation eines jeden Einzelnen, lückenlos respektieren. Zugleich muss notwendiges, hoheitliches Handeln bei der Gefahrenabwehr oder -bekämpfung im Internet ausnahmslos eine öffentliche Aufgabe bleiben, da sie nur so parlamentarisch überwacht werden kann.



Frage 2:

Digitale Lösungen können zur Bewältigung großer Herausforderung beitragen, von Technologie-getriebenen Problemen wie gezielte Desinformation oder Fake News, bis hin zum Klimawandel. Wollen Sie junge Menschen „empowern“, damit sie die Digitalisierung positiv mitgestalten und effektiv zur Lösung solcher globaler Herausforderungen beitragen können und wieso bzw. wieso nicht?

Antworten:

CDU/CSU: Die Digitalisierung muss den Menschen dienen. Daher wollen wir den Wandel hin zur digitalen Gesellschaft zum Wohle der Bürger gestalten, damit alle teilhaben können. Wir wollen eine Innovationsunion, die führend ist in den Schlüsseltechnologien der Zukunft. Deshalb wollen wir zum Beispiel einen Europäischen Zukunftsfond zur Stärkung der Start-Up-Finanzierung auflegen. Europa soll ein führender Standort für Künstliche Intelligenz und intelligente Häuser (Smart Homes) werden, da dies die Lebensqualität der Bürger steigert und älteren Menschen ermöglicht, länger zu Hause zu wohnen.

In der digitalen Kommunikation gilt es, die Meinungsfreiheit in der Demokratie rechtsstaatlich abzusichern und Hassreden, Fake-News, Trolle und Cyberangriffe bis hin zu Wahlmanipulation wirksam abzuwehren. Das große europäische Potenzial erlaubt es, gemeinsam Standards zum Schutz der europäischen Werte und Bürgerrechte und der liberalen Demokratie zu setzen.

FDP: Wir Freie Demokraten setzen uns für mehr Digital- und Medienkompetenz der jungen Menschen ein. Daher fordern wir einen Fokus auf überfachliche Digital- und Medienkompetenz in den Bildungsstandards. Im digitalen Zeitalter sind Nachrichten immer, überall und sofort verfügbar. Das fußt auf der Befähigung, auf der Basis fundierten Fachwissens aus der Informationsflut die Spreu vom Weizen trennen und Quellen kritisch – etwa durch die Vermittlung im Geschichtsunterricht – hinterfragen zu können. Hierfür muss auch das Verständnis von Medien an die neue digitale Welt angepasst werden.

Als Freie Demokraten wollen wir niemandem vorschreiben, welche Medien glaubwürdig sind und welche nicht. Stattdessen muss das kritische Denken im Umgang mit neuen Medienplattformen geschärft werden, damit jeder individuell Nachrichten hinterfragen kann. Dementsprechend muss auch ein Verständnis von Algorithmen vermittelt



werden, um bewerten zu können, wie Plattformen Nachrichten zusammenstellen.

FREIE WÄHLER: Gerade die Digitalisierung der Medienlandschaft und die zunehmende Rolle sozialer Medien verändern unser demokratisches Zusammenleben: Der Zugang zu Informationen hat sich erheblich vereinfacht, aber die Möglichkeiten des Missbrauchs und der Manipulation sind so groß wie nie. Wir setzen uns dafür ein, dass der politische Diskurs weiterhin geführt werden kann.

Wir wollen verhindern, dass Kinder und Jugendliche Opfer der dunklen Seiten des Internets werden. Wir sind erschüttert darüber, wie massenhaft sich extremistische Inhalte über das Internet verbreiten und hierüber unsere Kinder sogar von terroristischen Organisationen umworben werden. Beispielsweise zeigen die Rekrutierungsstrategien des sogenannten „Islamischen Staats“ über das Internet, dass politisches Handeln dringend erforderlich ist. Wir wollen deshalb auf nationaler Ebene den Jugendschutzmedien-Staatsvertrag diesem neuen Problem entsprechend anpassen und die Jugendlichen besser aufklären.

B90/Grüne: Wir GRÜNE stehen für die stärkere Partizipation junger Menschen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens und wollen der massiven Unterrepräsentanz der Jugendlichen und jungen Erwachsenen entgegenwirken. Um der jüngeren Generation Gehör zu verschaffen fordern wir ein Europäisches Jugendparlament einzuführen, dessen Mitglieder durch ein Losverfahren bestimmt werden und in dem Jugendliche sitzen, debattieren und abstimmen. Das Jugendparlament soll das Europäische Parlament beraten und die Meinungen und Ideen der jungen Menschen in den Gesetzgebungsprozess einbringen.

Zusätzlich zur Stärkung der Rechte der jungen Menschen im Gesetzgebungsverfahren wollen wir alle Bürger*innen stärker in die demokratische Willensbildung miteinbeziehen und ganz speziell die Digitalisierung mitgestalten lassen. Für eine demokratische, ökologische, soziale und feministische Digitalisierung benötigt es eine neue Digitaethik, die in einem partizipativen, gesamtgesellschaftlichen Prozess entwickelt werden muss. Wir GRÜNE wollen, dass die Europäische Union bei dieser Frage eine innovative Methode wählt und nach dem Vorbild der irischen „Convention on the Constitution“ Bürger*innen der EU auswählt, die die Fragen einer neuen Digitaethik diskutieren und Vorschläge für eine neue Digitaethik für das Europäische Parlament macht.

Wir stehen dafür ein, dass die Regeln im Umgang mit Hass, Drohungen und Diskriminierung im Netz nicht alleine durch die Plattformbetreiber



oder durch undurchsichtige Algorithmen bestimmt werden, sondern das diese durch die Politik in einem partizipativen Prozess bestimmt werden.

LINKE:

Ein wichtiges Mittel gegen Desinformation ist Qualitätsjournalismus mit guten Arbeitsbedingungen und hohen Standards von Recherche und Berichterstattung.

Die Privatisierung und Kommerzialisierung von immer mehr privaten TV- und Radio-Sendern und Online-Angeboten folgt außerdem den Relevanzkriterien der Werbewirtschaft oder den Vermarktungsstrategien der Medienkonzerne. Sie zerstört die Vielfalt der Informationen. Dagegen helfen öffentliche und unabhängige Medien sowie Aufklärung.

Andererseits ist aber auch wichtig, die Frage zu stellen: warum funktioniert Desinformation denn überhaupt? Das hat sicher mehrere Gründe, aber: in Gesellschaften, in denen Menschen von der Teilhabe ausgeschlossen werden, unter dem Existenzminimum leben müssen oder zu Niedriglöhnen schuften, sich ihre Miete nicht mehr leisten können und das Gefühl haben, es geht nicht mehr bergauf, da verfängt sie leichter. DIE LINKE kämpft nicht nur für Freiheitsrechte, sondern soziale Sicherheit. Beides gehört zusammen.

Piratenpartei:

Auch hier ist die Antwort Bildung. Wir PIRATEN wollen, dass alle jungen Menschen in der Schule Medienkompetenz vermittelt bekommen. Das geht nur mit besserer Aus- und Nachbildung für die Lehrkräfte. Schon heute sind junge Menschen sehr viel eher dazu in der Lage, Fake-News zu erkennen und nicht weiter zu verbreiten, als viele Erwachsene. Mit der zusätzlichen Ausbildung in Medienkompetenz, also Quellenforschung und das Hinterfragen von Informationen, sind sie für die Herausforderungen der Zukunft gut gerüstet.

ÖDP:

Für jede weitere nachfolgende Generation werden digitale Lösungen immer noch größere Bedeutung haben, als es aktuelle Erwachsenengenerationen gewohnt sind. Darum gilt es, diese Entwicklung der Digitalisierung konstruktiv zu gestalten. Und das wiederum erreicht man nur mit kompetenten, mutigen, selbstbewussten jungen Menschen. Es gibt keine besseren Ansprechpartner für nachhaltige Lösungen, als die heranwachsenden Generationen. Dies sollte nicht nur bei Wahlen stärker berücksichtigt werden, sondern auch bei kommunalen Entscheidungsprozessen. Hier gibt es bereits erste Ansätze digitaler Bürgerbeteiligung, die weiter ausgebaut werden müssen, um besonders auch junge Men-



schen in politische Diskussionen zu relevanten Zukunftsfragen einzubeziehen.

SPD:

Wir sind davon überzeugt, dass der digitale Wandel vor allem als Chance begriffen werden muss, die es uns ermöglicht, die globalen Probleme zu lösen ohne dass wir dabei möglich Gefahren außer Acht lassen. Die neue EU-Jugendstrategie steht auch deshalb unter dem Motto "Engage. Connect. Empower.". Wir Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, dass junge Menschen spürbar Einfluss auf die europäischen Politiken haben können; neben dem EU Jugenddialog versuchen wir gerade durch die gezielte Kommunikation mit jungen Menschen über von ihnen genutzte Plattformen zu den aktuellen Problemen mit ihnen in Diskussion zu kommen und die vorgetragenen Aspekte auch in die Entscheidungsfindung einfließen zu lassen. Vor allem setzen wir uns dafür ein, dass junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Unternehmen mitbestimmen können, wie neue Technologien die Bedingungen einer digitalen Arbeitswelt verbessern können. Schließlich wollen wir nicht über junge Menschen entscheiden, sondern mit ihnen. Dafür senken wir die Altersgrenze, ab der man wählen gehen kann auf 16 Jahre.

8. Partizipation – Jungen Menschen mehr Stimme(n) geben ^[4]

Die Interessen, Bedürfnisse und Sorgen der jungen und zukünftiger Generationen finden in den Parteien und Parlamenten wenig Gehör. Dies liegt auch daran, dass den jungen Menschen bei Wahlen, in Parteien und Parlamenten häufig eine zahlen- und positionsmäßige Übermacht der Älteren gegenübersteht. Weniger als 4 % aller MdEP sind zurzeit unter 35 Jahre alt.

Frage 1:

Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, das Interesse und die Teilhabe junger Menschen an politischem Engagement und speziell an Parteienengagement zu wecken und zu fördern?

Antworten:

CDU/CSU:

Die Teilhabe junger Menschen an politischem Engagement ist von großer Bedeutung für die Demokratie und Zukunftsfähigkeit unseres Landes. In CDU und CSU geben wir neuen Mitgliedern von Anfang an die Möglichkeit, aktiv mitzuwirken und ermutigen sie, Verantwortung zu übernehmen. Wir unternehmen zusätzliche Anstrengungen, junge Menschen als neue Mitglieder zu gewinnen und dauerhaft einzubinden und



bieten eine Vielzahl von digitalen Beteiligungs- und Veranstaltungsformaten.

- FDP:** Antwort auf Fragen 1 und 5 zusammen, siehe unten.
- FREIE WÄHLER:** Unsere jüngeren Generationen sind in ein vereintes Europa hineingeboren. Offene Grenzen, ein gemeinsamer Markt und europäischer Austausch gehören schon immer zu ihrer Lebenswirklichkeit. Diese Errungenschaften müssen sie auch erhalten und gestalten können. Wir brauchen ihre Leidenschaft, um die europäische Idee weiterzutragen. Denn wir wollen, dass die Kinder und Jugendlichen von heute die engagierten und mündigen Bürgerinnen und Bürger von morgen werden. Sie sollen das Europa weiter gestalten, das ihre Eltern aufgebaut haben.
- B90/Grüne:** Wir haben als Partei ganz verschiedene Angebote, wie sich Mitglieder engagieren können. Das geht los bei der Mitarbeit im Kreisverband, über die Mitarbeit in Arbeitsgruppen auf Landesebene, bis zu verschiedenen Onlineangeboten – sei es Diskussionsplattformen oder Engagement auf Facebook, bei dem sich Mitglieder einbringen wollen. Durch die vielfältigen Möglichkeiten zum Mitmachen und unsere basisdemokratischen Strukturen schaffen wir viele Angebote für unterschiedliche Bedürfnisse. Außerdem binden wir unsere Jugendorganisation die „Grüne Jugend“ in wichtige Prozesse mit ein. Es ist wichtig, dass sich junge Menschen in der Partei einbringen können, aber auch, dass sie sich selbst organisieren können.
- LINKE:** Die aktuellen Freitagspolizeigewaltproteste der Schülerinnen und Schüler zeigen eindrucksvoll, wie politisch Kinder und Jugendliche sind. Eine ganze Generation hat erkannt, dass nicht nur klimapolitisch etwas grundlegend falsch läuft. Die Mär von den ach so unpolitischen Jugendlichen ist endgültig entlarvt. Als LINKE werden wir weiter dafür kämpfen, dass diese vielen Stimmen Gehör finden. Oft stehen auch wirtschaftliche Gründe dagegen, dass (junge) Menschen sich engagieren. Wer einen Schülerjob machen muss, um das Familieneinkommen zu unterstützen, hat schlicht nicht die Zeit, sich auch noch politisch einzubringen. Und wenn eine Busfahrkarte in die nächste Stadt einen erheblichen Teil des Taschengelds ausmacht, wird Beteiligung erschwert oder sogar verhindert. Deshalb ist der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit und gegen Armut zentral – auch für die Möglichkeit, sich aktiv in die Politik einzubringen.



- Piratenpartei:** Unter anderem möchten wir die Teilnahme an Wahlen auch für jüngere Menschen (zunächst ab dem 14. Lebensjahr) ermöglichen. Bei uns PIRATEN können junge Menschen auch bereits mit 14 Jahren und der Zustimmung ihrer Erziehungsberechtigten Parteimitglied werden und in allen Bereichen unbeschränkt mitwirken, wo es nicht von gesetzlichen Vorschriften begrenzt ist. Wir finden, dass Menschen früh an demokratische Abläufe gewöhnt werden sollten. Wir wollen jungen Menschen ermöglichen, ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Dafür zeigen wir bei vielen Themen, die auch junge Menschen bewegen, Flagge. Sei es bei #saveyourinternet oder #fridaysforfuture, um nur die jüngsten Engagements zu nennen.
- ÖDP:** In der ÖDP haben wir eine flache Hierarchie und junge Menschen haben grundsätzlich gute Chancen sich einzubringen im Gegensatz zu den großen Parteien. Daher fördern wir auch ausdrücklich unseren Jugendverband „Junge Ökologen“ in unserer Partei.
- SPD:** (Siehe auch Antwort auf Frage 2.3) „Fridays for Future“ und andere Initiativen zeigen, dass junge Menschen sich sehr engagieren, wenn es um ihre Zukunft geht. Anders als in früheren Zeiten sind die politischen Parteien aber nicht mehr erste Anlaufstelle, sondern Bürgerinitiativen, lose themen- und projektbezogene Zusammenschlüsse und Nicht-regierungsorganisationen. Parteien wirken oft wie geschlossene Systeme, die außenstehenden kaum Zugang gewähren. Gerade junge Menschen möchten sich jedoch oft nicht gleich mit einer Mitgliedschaft an eine Partei binden. Auf diese neuen Bedingungen muss die SPD wie alle Parteien reagieren, ohne dabei ihren Anspruch aufzugeben, für alle Menschen in Deutschland die Partei der sozialen Gerechtigkeit zu bleiben.
- Die SPD befindet sich auf einem guten Weg, zur Mitmach-Partei in Deutschland zu werden. Unser Debattencamp im November 2018 war auch für Nicht-Mitglieder offen. Statt frontaler Vorträge gab es einen offenen Austausch, mutige Ideen und gelebte Demokratie mit über 3400 Gästen. Auf diesen positiven Erfahrungen wollen wir aufbauen. Die Parteistrukturen müssen auch für Nicht-Mitglieder weiter geöffnet, die Debattenkultur und der demokratische Streit gepflegt, und die innerparteiliche Demokratie gelebt werden. Die Sozialdemokratie ist eine Geisteshaltung, die nicht nur an ein Parteibuch gebunden ist. Dennoch sind starke Parteien für die Stabilität unsere Demokratie unerlässlich. Ziel bleibt deshalb, möglichst viele Menschen für die SPD zu gewinnen und in die Parteiarbeit einzubinden.



Frage 2:

Wie stehen Sie zur Einführung von Jugendquoten in Ihrer eigenen Partei?

Antworten:

- CDU/CSU:** CDU und CSU streben eine Mitgliederstruktur an, die die Vielfalt der Gesellschaft abbildet. Deshalb wollen wir auch mehr junge Leute für eine Mitarbeit in der CDU begeistern. Eine Jugendquote halten wir jedoch nicht für sinnvoll.
- FDP:** Jeder, der die liberale Idee teilt, ist bei uns Freien Demokraten willkommen. Wir werben mit unseren liberalen Inhalten, von denen wir überzeugt sind und die wir für überzeugend halten, bei allen Menschen um Zustimmung und Mitarbeit.
Für uns geht es immer darum Engagement zu ermöglichen und nicht zu begrenzen. Die Aufstellung von Kandidatenvorschlägen für Parlamente auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene soll ausschließlich den Parteien nach dem geltenden Wahlrecht und dem eigenen Satzungsrecht der Parteien obliegen. Sie ist damit Gegenstand des parteiinternen Wettbewerbs und des Wettbewerbs unter den Parteien.
- FREIE WÄHLER:** Eine verpflichtende Quote kann nicht die alleinige Antwort auf die vielfältigen Ursachen für die geringe Anzahl von jungen Menschen in der Partei sein.
- B90/Grüne:** In einigen Landesverbänden sind sogenannte „neuen Quoten“ – für Bewerber*innen ohne Mandatserfahrung - gelebte Praxis für die Aufstellung von beispielsweise Landeslisten. Wir haben in vielen Landtagen, aber auch auf unserer Europaliste viele junge Menschen. Die Förderung junger Menschen auch für Mandate und Posten ist gelebte Praxis unserer Partei.
- LINKE:** In einzelnen Landesverbänden der LINKEN gibt es Jugendquoten für die Aufstellung von Wahllisten. Bei der Bundespartei gibt es das nicht, aber den starken Willen, Jugendliche in der Partei zu fördern. Z. B. wurde auf Platz 8 unserer Wahlliste für das Europäische Parlament der Bundessprecher unseres Jugendverbandes linksjugend[solid] gewählt. 60 Prozent unserer Neumitglieder sind jünger als 35 Jahre. Es gibt einen es bei uns einen parteinaher Jugendverband – (Linksjugend [solid] – und einen parteinahen Hochschulverband – Sozialistisch-demokratischer



Studierendenverband (DIE LINKE. SDS) – , die als Interessenvertretung in die Partei wirken.

Der Jugendverband der Partei hat Antragsrecht in allen Organen der Partei und der Gebietsverbände, in denen er organisiert ist. Der Jugendverband wählt Delegierte zum Parteitag und entsendet zwei Mitglieder in den Bundesausschuss. Diese haben in diesen Gremien unabhängig von der Parteimitgliedschaft Stimmrecht und das aktive Wahlrecht. Soweit der Jugendverband Delegierte auf anderen Ebenen entsendet, haben diese ebenfalls unabhängig von der Parteimitgliedschaft Stimmrecht und aktives Wahlrecht.

Piratenpartei:

Bei uns gibt es keinerlei Quoten für irgendeine Gruppe. Die Prozesse sind transparent und die Teilhabe steht allen offen. Viele junge Menschen vertreten die Piraten bereits in unterschiedlichen Ämtern wie Vorständen oder als Themenbeauftragte. Auch für Mandate in Parlamenten werden sie durchaus aufgestellt.

ÖDP:

Ja, es gibt bereits Diskussionen in der Partei, in den Parteigremien die Vertretung der Jugend satzungstechnisch festzuschreiben. Dies wurde inzwischen im Delegiertensystem von Bundesparteitag und Bund-Länder-Rat berücksichtigt. Eine Quote für Wahllisten stehen wir jedoch grundsätzlich skeptisch gegenüber, weil wir weder den eigenen Mitgliedern noch den Wählerinnen und Wählern Vorgaben hinsichtlich der zu wählenden Personen machen möchten.

SPD:

Die SPD hat sich zum Ziel gesetzt, für junge, weltoffene und zukunfts-gewandte Menschen wieder zur natürlichen politischen Heimat zu werden und vermehrt junge Kandidatinnen und Kandidaten zu nominieren, um ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Erfahrung und Jugend herzustellen. Für Kandidaturen darf nicht alleine die bisherige Parteikarriere entscheidend sein. Wir brauchen engagierte Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft. Eine feste Jugendquote ist derzeit aber nicht das richtige Instrument, um dies zu bewerkstelligen. Vielmehr muss die Arbeit der Unterorganisationen und der gesamten Parteistruktur darauf ausgerichtet sein, Nachwuchs zu gewinnen und früh einzubinden, damit der Anteil junger Menschen an den Mandatsträgern sukzessive gesteigert werden kann.



Frage 3:

Setzen Sie sich dafür ein, das Wahlalter für Europawahlen in Deutschland abzusenken?

Antworten:

- CDU/CSU:** Wir halten es nicht für sinnvoll, das Wahlrecht und die mit der Volljährigkeit einhergehenden Rechte und Pflichten abzukoppeln. Daher sprechen wir uns für eine Beibehaltung des Wahlalters von 18 Jahren aus.
- FDP:** Wir halten am Wahlalter der Europawahl von 18 Jahren und damit der Volljährigkeit fest. Denn dort, wo Rechte verliehen werden, müssen auch Pflichten übernommen werden. Die Ausweitung des Wahlrechts beispielsweise auf kommunaler Ebene steht dem nicht entgegen, da hier der örtliche Bezug überwiegt. Um die politischen Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen zu stärken, setzen wir uns für unabhängige Jugendparlamente nach schottischem Vorbild ein.
- FREIE WÄHLER:** Nein, wir setzen uns nicht für eine Absenkung des Wahlalters ein.
- B90/Grüne:** Wir setzen uns für das einheitliche Recht ein, ab spätestens 16 Jahren bei Europäischen Bürgerinitiativen und Wahlen zum EP mitzustimmen.
- LINKE:** Ja. Wir fordern, dass das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt wird; das betrifft die Teilnahme an allen demokratischen Entscheidungsprozessen auf europäischer, Bundes-, Länder- und Kommunalebene.
- Piratenpartei:** Ja unbedingt. Wir PIRATEN sind davon überzeugt, dass die Absenkung ein wichtiger und richtiger Schritt ist, Europa zu stärken und junge Menschen für Europa zu begeistern. Ein jüngeres Gutachten, was in Frage stellt, ob die Altersgrenze von 18 Jahren bei Europawahlen rechtskonform ist, gibt uns Recht.
- ÖDP:** Ja, die ÖDP möchte, dass Jugendliche von 14 bis 18 Jahren auf Antrag wählen dürfen. So werden junge Menschen in den politischen Prozess integriert und für Europa begeistert.
- SPD:** Ja! Die SPD tritt für eine Absenkung des Wahlalters in Deutschland auf 16 Jahre ein - auch für die Europawahlen. Das Bestreben der SPD im Europäischen Parlament, bei der Reform der Europäischen Bürgerinitiative (EBI), in ganz Europa die Teilnahme ab 16 Jahren zu ermöglichen, wurden durch die Mitgliedstaaten leider blockiert. Wir haben



jedoch erreicht, dass die Mitgliedstaaten den Spielraum haben, Bürgerinnen und Bürgern ab 16 Jahren die Teilnahme zu erlauben.

Frage 4:

Wollen Sie länderübergreifende Teilhabe-Initiativen für junge Menschen, wie beispielsweise ein EU-weites Jugendparlament, unterstützen?

Antworten:

CDU/CSU: CDU und CSU setzen sich für eine Förderung des EU-Jugenddialogs ein. Damit wollen wir sicherstellen, dass Politik, die junge Menschen betrifft, auch jugendgerecht ist. In diesem Zusammenhang kann auch die Einrichtung eines EU-weiten Jugendparlaments geprüft werden.

FDP: Wir Freie Demokraten wollen mehr und neue Formate, in denen die Bürgerinnen und Bürger über Europa diskutieren können. Jede und jeder sollte die Möglichkeit haben, nicht nur konkrete Beschwerden oder Anliegen bei den EU-Gremien vorzutragen. Formate wie Bürgerdialoge, Hausparlamente und demokratische Konvente sollen von der Europäischen Union gefördert werden, ohne dass inhaltliche Themen vorgegeben werden. Für Kinder und Jugendliche ist auch das Europäische Jugendparlament eine gute Möglichkeit, sich einzubringen. Wie oben erwähnt, setzen wir uns für unabhängige Jugendparlamente nach schottischem Vorbild ein. Außerdem wollen wir eine regionale Ausgewogenheit herstellen und lokale Organisationen einbeziehen, um pluralistische Veranstaltungen zu erreichen, in denen der Dialog im Mittelpunkt steht. Freidemokratische Mandatsträger auf europäischer Ebene verstehen derartige Diskussionsforen als Bereicherung und Rückbindung ihrer Tätigkeit. In diesem Zusammenhang wollen wir auch mit pro-europäischen Gruppen und Bürgerbewegungen zusammenarbeiten, die solche Dialoge veranstalten.

FREIE WÄHLER: Wir FREIE WÄHLER wollen die europäischen Jugendverbände stärken. Sie sollen jungen Menschen noch besser Kenntnisse und Kompetenzen in der Europapolitik vermitteln, um sich aktiv an der Gestaltung Europas beteiligen zu können, mit dem Ziel den Mehrwert der Europapolitik zu erkennen.
Das europäische Förderprogramm Erasmus+ für allgemeine und berufliche Bildung sowie Jugend und Sport ist ein wirkungsvolles Instrument



Stiftung für die Rechte
zukünftiger Generationen

für die interkulturelle Bildung und den europäischen Jugendaustausch. Die Nachfrage ist aber höher als das zur Verfügung stehende Angebot und die bürokratischen Hürden sind recht hoch. Wir FREIE WÄHLER wollen das Programm deshalb finanziell besser ausstatten und strukturell vereinfachen.

Wir FREIE WÄHLER wollen junge Menschen weiterhin finanziell unterstützen, wenn sie sich europaweit bei gemeinnützigen Einrichtungen in Bereichen wie der Jugendarbeit, Kultur, Sozialarbeit oder dem Umweltschutz einbringen. Allerdings wollen wir nicht, dass dieses Instrument einer gut funktionierenden Sozial- und Jugendpolitik abträglich ist. Es darf nicht in Konkurrenz zu bestehenden Jugendaustauschprogrammen und Freiwilligenprojekten stehen und nicht als Ersatz für herkömmliche Arbeitsplätze missbraucht werden. Zudem müssen künftig die erfahrenen Jugend- und zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Mitgliedsstaaten als Träger fungieren und eng in die Weiterentwicklung eingebunden werden.

B90/Grüne: Ja. Wir denken, dass Kinder und Jugendliche ein Mitspracherecht für das Europa und die Welt, in der sie leben möchten, haben sollen. Daher wollen wir ein Europäisches Jugendparlament schaffen, dessen Mitglieder durch ein Losverfahren bestimmt werden und in dem selbst Jugendliche sitzen, debattieren und abstimmen. Das Europäische Jugendparlament würde das Europäische Parlament beraten und strukturell garantieren, dass die Stimme der jeweils nächsten Generation gehört wird.

LINKE: Wir engagieren und für eine selbstbestimmte Jugendpolitik. Die Erwartungen an Jugendliche sind vielfältig. Von der Erwachsenenwelt werden sie kritisch beäugt. Die Rahmenbedingungen ihres Aufwachsens sind unterschiedlich.

Viele wollen die Gesellschaft verändern. Sie haben aber kein Interesse an der herrschenden Art von Politik. Wir wollen Jugendliche in ihrer politischen und sozialen Selbstorganisation unterstützen. Wir wollen ihre sozialen Rechte stärken und bessere Möglichkeiten für ihre gesellschaftliche und politische Teilhabe schaffen.

Dafür fordern wir u.a., dass Kinder und Jugendliche in ihrer politischen und sozialen Selbstorganisation gestärkt werden und der Aufbau der Jugendverbandsarbeit sowie von Kinder- und Jugendparlamenten unterstützt wird.

Piratenpartei: Ja, auf jeden Fall. Wir PIRATEN organisieren selbst für unsere Jugendorganisationen europaweite Treffen und Zusammenkünfte.



Diese Eindrücke des Zusammenarbeitens mit Menschen aus ganz Europa können für ein ganzes Leben prägend wirken.

ÖDP: Ja, wir unterstützen ein EU-weites Jugendparlament. Dies halten wir für eine hervorragende Idee!

SPD: Europäische Politik darf nicht nur über oder für junge Menschen gemacht werden, sondern muss mit ihnen gemacht werden. Deswegen wollen wir die Partizipationsmöglichkeiten junger Menschen im Rahmen des „Strukturierten Dialoges“ und darüber hinaus ausbauen.

Teilhabe-Initiativen begrüßen wir. Die repräsentative Demokratie muss im digitalen Zeitalter durch partizipative und deliberative Elemente ergänzt werden. Während das Internet und neue Möglichkeiten zur automatischen Übersetzung hierbei großes Potential bieten, werden auch Offline-Foren zum direkten Austausch benötigt. Jugendparlamente und -foren haben sich auf kommunaler Ebene bewährt, um die politische Partizipation der Jugend zu fördern und bei Politikerinnen und Politikern das Verständnis für die Sorgen und Probleme der jungen Generationen zu erhöhen. Auch auf europäischer Ebene könnten sie deshalb eine sinnvolle Ergänzung sein.

Der persönliche grenzüberschreitende Austausch, gerade zwischen jungen Bürgerinnen und Bürgern, ermöglicht erst das Zusammenwachsen der europäischen Völker zu einer „immer engeren Union“. Die Bewegungsfreiheit junger Menschen muss deshalb konsequent, gezielt und sozial gerecht unterstützt werden. Für einen besseren Austausch zwischen jungen Menschen müssen das Bildungs- und Jugendförderprogramm Erasmus+ und der Europäische Solidaritätskorps (früher europäischer Freiwilligendienst) bedarfsgerecht ausgestattet sein und strukturell ausgebaut werden.

Frage 5:

Hat Ihre Partei konkrete Pläne, die Beteiligung von jungen Menschen in EU-Wahlen durch Einführung einer elektronischen Stimmabgabe zu erhöhen?

Antworten:

CDU/CSU: CDU und CSU halten die Nutzung digitaler Chancen auch im politischen Bereich für sinnvoll. Prioritär ist allerdings bei einer elektronischen Stimmabgabe die Sicherheit vor Datenverlusten, Hacker-Angriffen und



Manipulationsversuchen. Es muss sichergestellt sein, dass eine Person auch nur jeweils eine Stimme abgeben kann.

FDP:

Die Fragen 1 und 5 werden zusammen beantwortet.

Wir setzen uns auch auf europäischer Ebene für eine digitale Verwaltung ein. Anträge und Informationen müssen für Bürgerinnen und Bürger digital verfügbar, online abwickelbar und durch eine digitale Identität auch online verifizierbar sein. Eine digitale Identität ermöglicht es, sich online zu verifizieren. Wir wollen daher einen elektronischen Personalausweis, der EU-weit einsetzbar ist. Wir setzen uns für eine EU-E-Residency nach dem Vorbild Estlands ein.

Wir Freie Demokraten wollen eine stärkere Verbindung zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und ihren Mandatsträgern im Parlament. Daher fordern wir die Einrichtung von mehr digitalen Beteiligungsformen auf der Basis des oben genannten elektronischen Personalausweises für EU-Bürgerinnen und EU-Bürger. Hierzu sind Online-Befragungen und Diskussionsforen sowie direkte Kontakte zu Politikerinnen und Politikern über soziale Medien vielversprechend. In einem späteren Schritt lassen sich hiermit auch politische Befragungen und Abstimmungen in Ergänzung der Europawahlen digital durchführen und die Hürden für eine erfolgreiche EU-Bürgerinitiative abbauen. Perspektivisch wollen wir E-Voting ermöglichen. Hier muss die Technik nach den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts weiterentwickelt werden. Denn ein unkomplizierter Staat soll zwar alle Möglichkeiten nutzen, die sich durch die Digitalisierung bieten, um schneller, anwendungsfreundlicher und günstiger zu werden. Dies darf aber nicht zulasten der Integrität des Wahlvorgangs oder des Datenschutzes gehen.

Wir Freie Demokraten wollen auch das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in einem gemeinsamen europäischen Bewusstsein stärken und fördern. Wir werden daher die guten Erfahrungen des Deutsch-Französischen Jugendwerks auf die europäische Ebene übertragen und ein Europäisches Jugendwerk einrichten. Dieses soll den bi- und multilateralen Austausch von Kindern und Jugendlichen in der Europäischen Union fördern und unterstützen. Darüber hinaus wollen wir einen EU-Binnenmarkt für gemeinnützige Organisationen. Diese Organisationen schaffen in Europa Raum für zivilgesellschaftliches Wirken und stärken das politische Engagement der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger. Rund 146.000 Stiftungen und eine noch größere Zahl von Vereinen und Förderern sind in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Soziales, Wissenschaft und Kultur aktiv und setzen eine Reihe von Projekten und Aktivitäten für



das Gemeinwohl um. Doch EU-grenzüberschreitend ist die Anerkennung des Gemeinnützigkeitsstatus, von Spendenquittungen und Kooperationen noch immer problematisch. Wir wollen daher einen Europäischen Binnenmarkt schaffen, der die noch bestehenden Hürden für grenzüberschreitende Förderungen und Kooperationen abbaut. Im Zuge dessen fordern wir auch die Schaffung eines europäischen Vereinsrechts als zusätzliche Alternative zu nationalen Vereinsformen.

FREIE WÄHLER: Die Europäische Integration ist an einem Punkt angelangt, an dem eine weitere Souveränitätsabgabe nicht mehr ohne die Zustimmung des Volks erfolgen kann. Wir wollen ein Europa, das die Menschen egal ob Jung oder Alt akzeptieren. Wir FREIE WÄHLER setzen uns deshalb für Volksentscheide zu wichtigen europapolitischen Fragen auf Bundesebene ein: Bei EU-Erweiterungen und weiteren Vertiefungen im Sinne neuer Aufgabenübertragungen müssen die Bürgerinnen und Bürger als Souverän über EU-Vertragsänderungen entscheiden können. Voraussetzung für die Annahme eines solchen Volksentscheids muss eine einfache Mehrheit insgesamt sowie eine einfache Mehrheit in mindestens der Hälfte aller Länder sein.

In diesem Zusammenhang fordern wir ein zunächst bundesweites und später europaweites digitales Abstimmungssystem, welches häufigere Bürgerentscheide und Bürgerbefragungen erst möglich macht.

B90/Grüne: Wir sind skeptisch, ob eine elektronische Stimmabgabe automatisch zu mehr Beteiligung von Jugendlichen führt. Schon jetzt sehen wir erhebliche Anstrengungen in Wahlen manipulierend einzugreifen. Deshalb sollte dieses Instrument sorgsam geprüft werden.

LINKE: Zwar stimmen wir der Entwicklung von Smart Cities und anderen Formen der digitalen Teilhabe zu. Gegen die Möglichkeit, bei Bundestags- oder Europawahlen die Stimme online abzugeben, sprechen derzeit gravierende wahlrechtliche und wahlpraktische Gründe.

Piratenpartei: Wir lehnen den Einsatz von Wahlcomputern aktuell ab. Es ist aktuell nicht möglich, gleichzeitig die Nachvollziehbarkeit des Wahlvorgangs und die Geheime Wahl sicherzustellen. Vor diesem Hintergrund überwiegen die Risiken von Wahlcomputern gegenüber möglichen Vorteilen. Das gilt sowohl für elektronische Stimmabgabe im Wahllokal als auch besonders für Stimmabgabe aus der Ferne.

ÖDP: Sollten eines Tages bei der elektronischen Stimmabgabe Manipulationen ausgeschlossen werden können, wäre dieses Verfahren im Hinblick



auf eine möglicherweise höhere Wahlbeteiligung zu prüfen. Zum heutigen Stand kann diese Sicherheit jedoch noch nicht erreicht werden.

SPD:

Auch die Demokratie muss sich mittelfristig dem digitalen Zeitalter anpassen. Insgesamt müssen die Möglichkeiten zur Teilnahme an Wahlen breit gestreut sein, was auch einen positiven Effekt auf die Wahlbeteiligung haben dürfte. Die SPD steht der Einführung der elektronischen Stimmabgabe bzw. der Stimmabgabe über das Internet deshalb offen gegenüber.

Wahlen sind der Kern der repräsentativen Demokratie und das sichtbarste Zeichen, dass die Staatsgewalt von den Bürgerinnen und Bürgern ausgeht. Vor der Einführung der elektronischen Stimmabgabe und des Wählens über das Internet muss deshalb sichergestellt sein, dass die Wahlen nicht manipulierbar sind, und dass das Wahlgeheimnis und die Daten der Wählerinnen und Wähler geschützt sind. Neue Möglichkeiten der Stimmabgabe dürfen das Vertrauen in die demokratischen Prozesse nicht untergraben.



Stiftung für die Rechte
zukünftiger Generationen

Über die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG)

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) ist eine advokatorische Denkfabrik an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik und gilt als „bekanntester außerparlamentarischer Think Tank in Sachen Generationengerechtigkeit“ (Wirtschaftswocche). Sie wurde 1997 von einer überparteilichen Allianz fünf junger Menschen im Alter von 18 bis 27 Jahren ins Leben gerufen, wird von einem der jüngsten Stiftungsvorstände Deutschlands geleitet und verfolgt das Ziel, durch praxisnahe Forschung und Beratung das Wissen und das Bewusstsein für Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu schärfen. Die Stiftung ist finanziell unabhängig und steht keiner politischen Partei nahe.

UNTERSTÜTZEN SIE UNS MIT IHRER SPENDE!

per Überweisung:

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

GLS Gemeinschaftsbank eG

IBAN: DE64 4306 0967 8039 5558 00

BIC (SWIFT-CODE): GENODEM1GLS

...oder auf generationengerechtigkeit.info/unterstuetzen/

IMPRESSUM

Herausgeberin: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen
Mannspergerstr. 29, 70565 Stuttgart, Deutschland
Tel: +49 711 28052777
Fax: +49 3212 2805277
E-mail: kontakt@srzg.de
generationengerechtigkeit.info

Redaktion: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

Design: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

Bildnachweis: Titelseite: [pixel2013 / pixabay](#)

© Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen
Mai 2019